:antifaschistische nachrichten

Nr. 12

g 3336 12.6.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Geld-Werkstatt“ in Berlin

Berlin. Die Zeitschrift „Compact“ um Jürgen Elsässer will am Samstag, den 22. Juni, im Berlin „Halong Hotel/Viethaus“ eine Konferenz durchführen. Unter dem Motto „Was kommt nach dem Euro?“ sollen „Experten“ die Währungspolitik der Zukunft diskutieren. Als Referenten angekündigt werden u.a. der Euro-Kritiker und „Junge Freiheit“-Autor Prof. Wilhelm Hankel, der Mitgründer der „Wissensmanufaktur“ Andreas Popp, der mittlerweile von seinem Amt als Bundesvorsitzender der neoliberalen „Partei der Vernunft“ zurückgetretene Oliver Janich, der sich im Spektrum der Anhänger des Sozialdarwinisten Silvio Gesell bewegende Wolfgang Berger und der Experte des islamischen Handelsrechts und Fürsprecher einer zinsfreien Ökonomie, Abdullah Seymour aus Kuala Lumpur. Nur wenn „die Euro-Kritiker verschiedener Provenienz ihre Differenzen solidarisch diskutieren und sich auf gemeinsame Schritte gegen den Money-Trust aus Europäischer Zentralbank und Federal Reserve einigen“, werde man aus „dem gegenwärtigen Schlamassel herauskommen und überhaupt das Tor zu den unterschiedlichen Alternativen aufstoßen können“, heißt es in einer Bewerbung für die Konferenz. *hma* ■

Kritik an AfD-Unterstützung

Berlin. Nachdem die CDU-Politikerin Vera Lengsfeld in dem Blog „Die Achse des Guten“ die „Alternative für Deutschland“ (AfD) „um der Fairness willen“ gegen „unseriöse Anschuldigungen wegen angeblicher Rechtslastigkeit“ in Schutz genommen hatte, hagelte es Kritik aus den Reihen ihres CDU-Landesverbandes. Das anti-europäische Programm der AfD sei für die exportorientierte deutsche Wirtschaft „lebensgefährlich“, so Karl-Georg Wellmann, Mitglied der CDU-Landesgruppe Berlin im Bundestag. Mittlerweile machte Lengsfeld einen Rückzieher. Ein Eintrag auf der Internetseite der AfD, die Lengsfeld als Unter-

Aus dem Inhalt:

„Bislang war die NSU-Nazi-Mordserie einmalig“ 3

Von Neonazis ermordet: Clément Méric, 18, linker Aktivist 8

Kundgebung am 29.5.2013 in der Keupstraße/Köln aus Anlass des 20. Jahrestages des Brandanschlags in Solingen

Prozessbeobachter, Bauchschmerzen und Entschuldigung

Von Eberhard Reinecke, Nebenklagevertreter für Opfer in der Keupstraße / Köln zur ersten Woche des NSU-Prozesses

Die erste „richtige” Woche in München ist zu Ende. Berichtet wird über die Aussage von Carsten S. und Holger G. u.a. im Stern. Bisher allerdings bleibt der „Aussteiger” Carsten S. jeden Nachweis dafür schuldig, dass er inhaltlich seine politische (nicht nur seine sexuelle) Vergangenheit aufgearbeitet hat.

Dass er aus den Strukturen ausgestiegen ist, ist da noch nicht einmal die halbe Miete. Die Befragung durch den Vorsitzenden war bohrend und man gewann doch mehr und mehr den Eindruck, dass Carsten S. darauf nicht richtig vorbereitet war, vor allem auf die zentrale Frage, was er sich bei der Lieferung der Waffe mit Schalldämpfer gedacht hatte. Dass ein Jugendrichter nicht weiter nachfragt, wenn jemand gesteht, er habe Bauchschmerzen gehabt, als er seinem Kumpel das Mofa überlassen hat, obwohl dieser keine Führerschein hat, mag sein; aber dass sich dieses Gericht sich nicht mit „Bauchschmerzen” bei der Übergabe einer Waffe mit Schalldämpfer an untergetauchte Rechtsradikale zufrieden geben würde, war nicht wirklich erstaunlich. Mal sehen, was in der nächsten Woche, wenn S. Weiter aussagen will, dazu an Erklärungen kommt.

Staatliche Prozessbeobachter?

So misstrauisch und bohrend der Vorsitzende in der Befragung war, so unverständlicher (oder auch naiv) sein abgrundtiefes Vertrauen gegenüber anderen staatlichen Behörden. Am 4.6. war ein gut begründeter Antrag gegen Prozessbeobachter von BKA, Verfassungsschutz und MAD gestellt worden.* Die Gefahr, dass Sicherheitsdienste in ihrem ureigenen Interesse Zeugen instruieren, liegt nach all den „Ermittlungspannen” durchaus nahe. Doch nach Meinung des Gerichtes lägen keine „konkreten Anhaltspunkte” für Manipulationsversuche vor. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir im Verlauf des Verfahrens auf Zeugen treffen werden, die bestens – und zwar nicht nur aus Presse und Fernsehen – über den Verlauf informiert sind. Es werden dann wahrscheinlich die „bedauerlichen Einzelfälle” sein – natürlich ohne jedes System.

stützerin der AfD benennt, wurde inzwischen wieder entfernt. Der Eintrag auf der AfD-Seite sei ohne ihr Wissen erfolgt, sagt Lengsfeld. AfD-Chef Bernd Lucke bestätigte jedoch gegenüber dem „Handelsblatt Online“, dass er am 3. Mai mit Lengsfeld ein Gespräch über eine mögliche Zusammenarbeit geführt hatte. Unterdessen wächst der Zuspruch für die AfD im rechten Spektrum. Nach einer Leserumfrage der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“, an der sich 2263 LeserInnen beteiligten, gaben 88,5 % der Befragten an, die AfD wählen zu wollen. Nur 11,5 % stimmten mit Nein. Auch unter den Lesern der rassistischen Internetseite „PI-News“ wächst die Zustimmung für die neue Partei, deren Vorstandsmitglied Alexander Gauland in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Compact“ interviewt wird. Zwar gibt es Kritik am „parteiintern verhängten Islamkritik-Maulkorb“ der AfD, so „Agnostix“ am 05.Juni auf „PI-News“, aber vielleicht schaffe es die neue Partei ja, „die EU endlich auseinanderbrechen zu lassen“. *hma* ■

„KZ-Witz“ im Priesterseminar

WÜRZBURG. Studenten aus dem Würzburger Priesterseminar sollen bei gemeinsamen Treffen Judenwitze erzählt, rechtsradikale Musik gespielt und an Nazirituale angelehnte Zeremonien gefeiert haben. Seminarteilnehmer hatten den Leiter des Seminars, Herbert Baumann, im Mai darüber informiert und zwei angehende Priester beschuldigt. Dass zumindest einmal im kleinen Kreis ein „KZ-Witz“ erzählt wurde, sei offensichtlich wahr, so Baumann. Darüber hinausgehende Vorwürfe könne er „nicht verifizieren“. Die Leitung des Seminars gab mittlerweile die Einsetzung einer externen Untersuchungskommission bekannt, die sämtliche Vorwürfe im Detail prüfen soll. *hma* ■

Überlebende des NS-Ghettosystems müssen warten

Die Bundesregierung hat keine Eile, dafür zu sorgen, dass die NS-Opfer endlich ihre volle Rentensumme erhalten.

Vor zwei Wochen hatte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Israel noch versprochen, sich für eine rasche Lösung stark zu machen. Nun antwortet die Bundesregierung auf meine Frage, wie es mit der Umsetzung dieser Ankündigung aussieht:

„Im Hinblick auf Rechtsänderungen ist stets zu bedenken, ob sie zu einer langfristigen Lösung tatsächlich beitragen ... Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.“

Wie bitte? Die hochbetagten Ghetto-Überlebenden brauchen eine KURZfristige Lösung, damit sie von dem Geld auch noch etwas haben. Die Bundesregierung hatte jetzt schon mehrere Jahre Zeit, ihre Überlegungen zu einem Abschluss zu bringen. Aber sie hat ja alle Zeit der Welt.

Fortsetzung Seite 6 unten

Vorbereiteter Beitrag und Entschuldigung

Eine ganz andere Variante bot dann Holger G. Er las zur Sache eine Erklärung vor, war aber nicht bereit, dazu Fragen zu beantworten. Ein Verfahren, das nicht ohne prozessuales Risiko ist. Bei solchen Teileinlassungen kann das Gericht durchaus die Tatsache bewerten, dass der Angeklagte seine Version nicht hinterfragen lässt. Dabei liegen die Fragen auf der Hand: Von dem Bombenbauen des Trios hatte er 1998 nach dem Untertauchen erfahren:

„Und ich kann Ihnen sagen dass ich regelrecht schockiert war. Denn den Besitz von Sprengstoff hätte ich denen nicht zugetraut.”

Trotz dieses Schocks hat er dann das Trio aber unterstützt, mit Geld, Ausweisen und einer Waffe:

„Am Bahnhof hat mich Beate abgeholt. … Einer von Ihnen hat dann die Pistole herausgeholt und sie vor meinen Augen durchgeladen. … Ich habe gesagt: ‚Was soll der Scheiss?!‘ Ich habe Ihnen auch klar gemacht, dass ich mit Waffen nix zu tun haben will.“

Warum aber nun übergibt G. auch noch eine Waffe an Leute, von deren Sprengstoffbesitz er doch angeblich so schockiert war? Unter drei Aspekten ist die Aussage von Holger G. aber trotzdem wichtig. Bei ihm kam das „Trio“ immer nur geschlossen vor; er differenzierte bewusst nicht und ließ keinen Zweifel daran, dass nach seinen Beobachtungen Beate Zschäpe nicht ein Mitglied mit geringeren Kenntnissen als die anderen beiden war. Der zweite Aspekt: Die Täter – insbesondere im Umfeld des Trios – können erneut von der Unfähig(Unwillig)keit der Ermittlungsbehörden profitieren:

„Man darf schließlich nicht vergessen, dass bis zum Tod der beiden Uwes kein Mensch in Deutschland das Bestehen einer vermeintlichen Terrorzelle erahnte. Das gilt auch für mich.“ (So G. Am Ende seiner verlesenen Erklärung, der auch die übrigen Zitate entnommen sind.)

Ich musste nicht schlauer sein als alle Sicherheitsbehörden mit Ihren V-Leuten und sonstigen Spitzeln. Wenn die nicht wussten, dass es ein Mordtrio war, konnte ich das auch nicht wissen. Der dritte Aspekt: An den Aussagen von S und G wird aber auch deutlich, dass mit der Feststellung der Wahrheit (im Sinne eines tatsächlich stattgefundenen historischen Prozesses) nicht gerechnet werden kann. Zu sehr sind die Angaben vom primären Ziel der Eigensicherung getragen. Allerdings: Im Strafverfahren ist der Nachweis der Verwirklichung der gesetzlichen Tatbestände ausreichend. Das muss sich nicht mit allen Einzelheiten des historischen Sachverhaltes decken.

Hohl klingt auf dem Hintergrund seiner Aussage die förmliche Entschuldigung Gs bei den Opfern. Den Opfern wäre mit Sicherheit mit einer wirklich ehrlichen und umfassenden Aussage, die sich auch hinterfragen lässt, mehr gedient. Vielleicht wollte das auch Herr Yosgat sagen, der sich nach der Aussage zu Wort meldete, aber vom Vorsitzenden auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet wurde. Das war nicht sehr feinfühlig. Zwischen den Zeilen seiner Äußerung lies G. erkennen, dass er sich nun selbst als Opfer fühlt. Einmal verlor er seinen Arbeitsplatz als er Ende 2011 verhaftet wurde und den neuen Arbeitsplatz, den er nach der Entlassung aus der U-Haft antrat, hat er jetzt wegen des Prozesses verloren.

Eberhard Reinecke

*Die Nebenklage der Familie Yozgat beantragte festzustellen, ob Prozessbeobachter des BKA, der LKA’s oder der Verfassungsschutzämter vor Ort seien und, wenn ja, diese von der Verhandlung auszuschließen wären. Es sei zu befürchten, dass Aussagen potentieller Zeugen durch die mögliche Weitergabe des Prozessinhalts durch die behördlichen Prozessbeobachter beeinflusst werden könnten. … Im Vorfeld hatten sowohl das BKA als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beim Senat angefragt, ob sie offiziell Beobachter entsenden könnten und ob gewährleistet werden könnte, dass diese auch im Zuschauerraum Platz nehmen könnten.

Rechtsanwalt Stolle erklärt dazu:

„Für eine solche Prozessbeobachtung gäbe es keine tragfähigen Gründe. Es ist zwar richtig, dass die Ermittlungen seitens der BAW und des BKA in Sachen NSU nicht abgeschlossen sind. Sollten sich allerdings aus der Hauptverhandlung neue Ermittlungsansätze ergeben, kann das BKA durch die Bundesanwaltschaft informiert und entsprechend beauftragt werden. Eine Prozessbeobachtung durch den Verfassungsschutz sogar ist weder notwendig noch angezeigt.“

Zumindest am heutigen Verhandlungstag haben sich keine konkreten Anhaltspunkte dafür ergeben, dass eine solche Beobachtung stattfindet.

Der Senat lehnte den Antrag ab.

„Bislang war die NSU-Nazi-Mordserie einmalig“

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages, der die NSU-Mordserie aufklären soll, hat die Beweisaufnahme beendet. LINKE-Obfrau Petra Pau erläutert, warum es jetzt um weit mehr geht als die Erarbeitung eines Abschlussberichtes.

Der Ausschuss des Bundestages zur NSU-Nazi-Mordserie hat seine Untersuchungen abgeschlossen. Was nun?
Petra Pau: Der Untersuchungsausschuss hat noch einen Abschlussbericht zu erarbeiten. Darüber soll am 3. September 2013, also noch vor der Wahl eines neuen Bundestages, im Plenum diskutiert werden.

Der Ausschuss hat den Sicherheitsbehörden Totalversagen attestiert. Was ist von dem Bericht noch zu erwarten?
Er wird über tausend Seiten mit vier Teilen haben. Ein Feststellungskapitel, in dem beschrieben wird, was wir untersucht haben. Ein Bewertungskapitel, das parteiübergreifend sehr kritisch ausfallen wird. Ein Empfehlungskapitel, was politisch, rechtlich und praktisch verändert werden sollte. Und ein Ergänzungskapitel, in dem jede Fraktion darstellt, was sie über den Ausschusskonsens hinaus anders einschätzt und vorschlägt.

So viel betonte und gelobte Gemeinsamkeit von CDU bis LINKE klingt irgendwie seltsam?
Es gab ein anderes Agieren, als in bisherigen Untersuchungsausschüssen. Normalerweise gelten Untersuchungsausschüsse als die Hauptwaffe der Opposition gegen die Koalition. Entsprechend scharf und unsachlich wird dann gegeneinander agiert, nach dem Motto: Haust du meinen CDU-Minister, schlage ich deinen SPD-Minister und so weiter.

Das fand diesmal nicht statt, wieso?
Dafür gibt es verschiedene Gründe. Sie liegen auch in den Persönlichkeiten der Ausschussmitglieder. Aber es gibt einen weitergehenden.

Nämlich welcher?
Wir hatten es mit einer bislang einzigartigen rechtsterroristischen Mord-, Anschlags- und Raubserie zu tun, bei der der Rechtsstaat komplett versagt hat. Die Taten waren rassistisch motiviert. Die Ermittlungen trugen ebenfalls rassistische Züge. Die Politik, aber auch alle Sicherheitsbehörden haben sich selbst diskreditiert.

Sagen die Betroffenen…
…zu Recht. Und nicht nur sie. Ein rassistisches Motiv der Serie und Neonazis als Täter wurden von Staats wegen nahezu komplett ausgeschlossen. Die Angehörigen der Opfer wurden jahrelang als mutmaßliche Täter verdächtigt und verfolgt. Schlimmer und auch ehrverletzender kann man nicht daneben liegen.

Aber das kennt man doch als erfahrene Linke, oder?
Die weitergehende Frage ist, wie man prinzipiell zum Rechtsstaat steht. Er ist historisch eine positive Antwort auf Selbstjustiz und Rechtlosigkeit. Deshalb muss man ihn verteidigen und verbessern.

Was hat das mit dem Untersuchungsausschuss zu tun?
Der Rechtsstaat hat die NSU-Opfer nicht geschützt und den Angehörigen bislang nicht zum Recht verholfen. Wenn die Betroffenen überhaupt noch Hoffnungen hegen, dann in den Untersuchungsausschuss.

Und das war Ihre Klammer?
Ja, beides: Wir haben uns von Anfang an die Opferperspektive zueigen gemacht, und wir waren uns ebenso einig: Der Rechtsstaat gilt für alle oder für niemanden. Dieses Band zwischen den Obleuten von der CDU/CSU bis zur LINKEN hielt bislang und es wird im Ausschuss auch halten.

Oh je, eine LINKE im Bunde mit der CDU/CSU?
Diesen rein ideologischen Vorwurf dürfte es umgekehrt bei Teilen der CDU/CSU auch geben. Ich hoffe nur, er schlägt bei der abschließenden Plenardebatte nicht durch – bei keiner Fraktion.

Bei welchen Fragen scheiden sich die Geister?
Ich nehme mal die größte Differenz. Von der CSU bis hinein in die Grünen glaubt man, der zentrale Versager beim NSU-Desaster, nämlich der Verfassungsschutz, lasse sich reformieren und besser kontrollieren. DIE LINKE bleibt dabei: Die unsägliche V-Leute-Kumpanei des Staates mit Nazis ist sofort zu beenden und die Ämter für Verfassungsschutz sind als Geheimdienste aufzulösen.

Die Innenminister wollen sich gerade auf neue Regeln zur die Führung von V-Leuten einigen.
Auch das ist Augenwischerei. Will ein Geheimdienst harte Informationen aus der Naziszene erhalten, dann muss er mit Hardcorenazis kooperieren – kurzum: mit Verbrechern. So, wie der Brandenburger Verfassungsschutz es mit „Piatto“ tat, einem wegen versuchten Mordes verurteilten Neonazi. Und dann kommt Problem zwei. Selbst wenn der Verfassungsschutz dadurch Hinweise bekam, dann behielt er sie für sich, um seine geheime „Quelle“ nicht zu offenbaren. Genutzt hat dies alles letztlich nur der Naziszene, einschließlich NSU-Bande, die man vorgeblich bekämpfen wollte.

Worin gibt es im Ausschuss Übereinstimmungen?
Zwischen SPD, LINKEN und Grünen wohl in der Frage, dass gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus nicht länger von Staats wegen kriminalisiert werden darf, sondern endlich verlässlich gefördert werden muss. Ob die Union und die FDP ebenfalls entsprechenden Empfehlungen folgen, wird sich zeigen.

Vor nunmehr eineinhalb Jahren, am 4. November 2011, war die Nazi-Bande aufgeflogen. Danach wurde das ganze NSU-Desaster offenbar. Was hat sich seither verändert?
Tatsächlich so gut wie nichts. Alle Aktivitäten des Bundesinnenministers erweisen sich bei genauem Hinsehen als brotloser Aktivismus. Und die für Prävention

zuständige Familienministerin schweigt beredt.

Bei den Untersuchungen ging es vor allem um Tatorte, um Ermittlungen, um die so genannte Sicherheitsarchitektur. Von Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus war kaum die Rede.
Die Expertenanhörung am Ende unserer Untersuchungen hat mich bestätigt. Es fehlt an einer fundierten wissenschaftlichen Analyse zum gesellschaftlichen Problem Rassismus, ebenso zum Rechtsextremismus. Und es mangelt an einer politischen Koordinierung von allem nötigen Engagement und aller Initiativen dagegen.

Das alles klingt nun wieder mehr nach Anfang, als nach Abschluss?
Richtig. Der Untersuchungsausschuss wird Vorschläge unterbreiten, sachliche und dringende, wie wir finden. Es liegt an den politisch und fachlich Verantwortlichen, sie umzusetzen. Und über allem schwebt die Drohung: Bislang war die NSU-Nazi-Mordserie einmalig…

Danke auch für diese Einschätzungen.
Ich danke. Wir Abgeordneten waren ja gelegentlich im Fernsehen zu sehen, quasi als Gesicht des Ausschusses, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hingegen nicht. Sie haben unglaublich engagiert im Hintergrund gearbeitet und das als Tag und Nacht verlässliches Team.

Interview: Rainer Brandt
linksfraktion.de, 19. Mai 2013

NSU: Zeugin erkannte Rechtsterroristen wieder

Die bayerischen Ermittler haben einen möglicherweise entscheidenden Hinweis einer Zeugin nicht ausreichend verfolgt. Das wurde im NSU-Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags deutlich. Eine Frau hatte in Nürnberg kurz vor einem der Morde zwei Männer beobachtet – und diese später auf einem Video vom Anschlag in Köln wieder erkannt.
Genau erinnert sich Maria Wagner (Name geändert) noch heute an den 9. Juni 2005. Bereits nachdem sie morgens gegen 08.45 Uhr das Haus verlassen hat, sind ihr in einer Nebenstraße zwei Männer mit Fahrrädern aufgefallen, die ihren Beobachtungen nach einen Stadtplan studiert haben. Wenig später, als Wagner etwa um 09.10 Uhr wieder auf dem Rückweg war und an dem Döner-Imbiss von Ismail Yasar vorbeigefahren ist, habe sie die beiden Personen erneut gesehen. Diesmal beobachtet die Frau, wie einer der beiden dem Anderen einen Gegenstand in den Rucksack gesteckt hat, der mit einer Plastiktüte umhüllt gewesen sein soll.

Als sie im Laufe des Mittags von ihrem Sohn von der Ermordung von Ismail Yasar erfahren hat, wandte sich Maria Wagner sofort an die noch vor Ort ermittelnde Polizei und schilderte einem Streifenbeamten ihre Beobachtungen. Direkt am selben Tag erhielt sie deshalb einen Anruf von der Polizei und wurde für den 10. Juni zu einer Zeugenvernehmung bestellt. Dort schilderte sie den Beamten ihre Beobachtungen und gab eine sehr detaillierte Beschreibung der beiden Fahrradfahrer ab. Mitte des selben Monats wurde ein Phantombild angefertigt.

Fast ein ganzes Jahr später, am 23. Mai 2006, wurden Maria Wagner dann Videoaufnahmen aus der Kölner Keupstraße vorgeführt, in der die beiden Neonazis Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt kurz vor der Detonation der Nagelbombe ebenfalls mit Fahrrädern aufgenommen wurden. „Ich habe sofort gesagt: Das ist einer der Männer, die ich in Nürnberg gesehen habe“, erinnert sich Wagner heute vor dem Untersuchungsausschuss. Die Polizei hingegen schreibt in ihrem Protokoll, Frau Wagner sei sich „ziemlich sicher“ gewesen und habe von „identisch“ gesprochen. An dieser Version hielt der Kriminalhauptkommissar Hans-Karl Ruppe, der die Vernehmung damals durchgeführt hat, zunächst auch vor dem Ausschuss fest.

Geradezu dreist beharrte er auf seiner „Erinnerung“ und behauptete, das angefertigte Protokoll würde exakt die Aussagen Wagners gegenüber der Polizei wiedergeben. Erst auf mehrmaliges Nachfragen des Ausschussvorsitzenden Franz Schindler (SPD) hin räumte der Kriminalhauptkommissar ein, dass die heute 46-jährige Zeugin die beiden Neonazis in dem Video nicht nur „ziemlich sicher“, sondern mit hoher Sicherheit erkannt habe. Warum die Version im Protokoll der Polizei abgeschwächt wurde, könne er sich nicht mehr erklären.

„Freundlicher Mann“

Deutlich weniger Bedenken hatte die Polizei allerdings bei Nachfragen bezüglich möglicher Verbindungen in Richtung der Organisierten Kriminalität. Frau Wagner konnte sich jedoch unmöglich vorstellen, dass der Ermordete etwas mit Geldwäschern, Waffenschiebern oder gar der Mafia zu tun gehabt hat. Yasar sei ihr vielmehr als „freundlicher Mann“ in Erinnerung geblieben, der stets „nett“ zu ihren Kindern gewesen ist. Die Beamten begnügten sich damit aber nicht. Dreibis vierfach hackten sie bei der Zeugin nach, erzählte diese am Mittwoch. So wollten die Polizisten von ihr immer wieder wissen, ob sie sich diesbezüglich auch sicher sei.

Die tatsächlich relevante Information der Zeugin, nämlich die Beschreibung der beiden Täter und die hergestellte Verbindung zum Nagelbombenanschlag in Köln, wurde hingegen von den Ermittlern kaum beachtet. Ruppe habe das Protokoll der Vernehmung an den Ermittlungsführer weitergegeben, der daraufhin eine Bewertung vorgenommen hat und es ebenfalls weiterleitete. Im genauen Verlauf muss diese Spur aber untergegangen sein, explizit weiterverfolgt wurde sie jedenfalls nicht. Aus heutiger Sicht wäre dies aber vermutlich „interessant“ gewesen, führte Karl-Heinz Ruppe vor dem NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag aus. Er selbst hielt die Spur damals für einen „Treffer“.

Unerklärliche Diskrepanzen

Ähnliche „Diskrepanzen“ zwischen dem Protokoll der Polizei und der Aussage von Maria Wagner gab es auch bei einer Vorlage der aus den Kölner Videos herausgearbeiteten Bildern. Während Wagner auch hier die Täter wieder erkannt haben will, steht in der Niederschrift der Polizei, dass sie „nicht sicher sagen“ könne, ob es sich denn um die gleichen Personen handelt. Der verantwortliche Beamte, Peter Merkel vom Polizeipräsidium Mittelfranken, sagte vor dem Untersuchungsausschuss: „Wenn ich es so aufgeschrieben habe, hat sie es so gesagt!“ Wieso er die Differenzen zu den früheren Aussagen, in denen Frau Wagner die Täter sofort identifizieren konnte, nicht thematisiert hat, „weiß ich heute nicht mehr“, so Merkel. Normalerweise sei es allerdings üblich, auf Widersprüche aufmerksam zu machen.

Anders als sein Kollege Ruppe bezeichnete er die Spur nicht als „Treffer“. Wie alle Spuren sei sie mit in den „Topf“ eingeflossen, sagte er und revidierte die Aussage wenig später doch: „Ich möchte nicht sagen, dass es eine Spur wie jede andere war. Der Hinweis war da und ist schon höher bewertet worden, denke ich!“ Wer bei der BAO die Spur dann in ihrer Priorität herabgestuft habe, könne er den Parlamentariern nicht schildern: „Ich weiß es nicht mehr!“

http://www.publikative.org/2013/06/05/nsu-zeugin-erkannte-rechtsterroristen-auf-video-wieder/
Von Johannes Hartl, Endstation Rechts Bayern

Die Neue Rechte in Europa

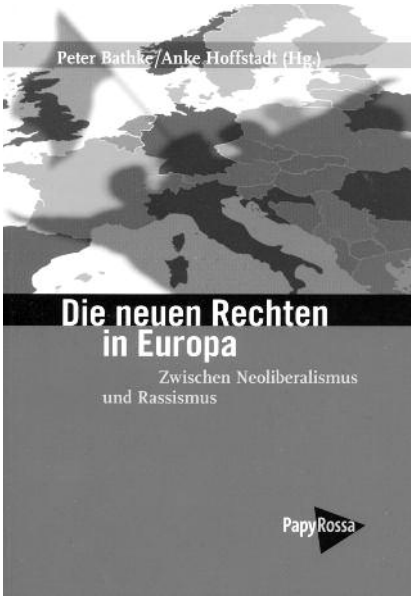
Zwischen Neoliberalismus und R assismus

Der vorliegende Band nimmt eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der neuen Rechten, unter denen die HerausgeberInnen vornehmlich rechtspopulistische Parteien verstehen, in Europa vor. Die AutorInnen untersuchen hierbei nicht nur die Ideologie sowie den organisatorischen Stand der neuen Rechten, sondern auch die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, welche ihren Erfolg oder Misserfolg bestimmen. Es gelingt ihnen hierbei, ein verständliches und fundiertes Bild rechtspopulistischer und rassistischer Phänomene zu zeichnen.

Die Analyse der AutorInnen beginnt bei aktuellen sozioökonomischen Grundlagen, die die Handlungsoptionen der Menschen strukturieren. Ein Kernbegriff, auf den sie sich wiederholt beziehen, ist der des Neoliberalismus. Als Neoliberalismus bezeichnen sie die „Ideologie der Marktliberalisierung und Entstaatlichung“, welche mit einem massiven Abbau der Sozialsysteme, der Schwächung der ArbeitnehmerInnenrechte, sowie einer Kultur der Flexibilisierung und Mobilisierung des Einzelnen einhergehe. Dies führe zu zunehmender Entsolidarisierung und stärkerem Konkurrenzdruck. In der Krise seien Menschen aufgrund dieser Zwänge eher bereit zur Ausgrenzung und dem Angriff auf als nicht zugehörig empfundene Menschen und eher anfällig für autoritäre Krisenlösungen. Werner Seppman schreibt hierzu in seinem Beitrag „Dynamik der Entzivilisierung“: „Das sozial bedrängte Subjekt gewinnt durch die Identifikation mit einem weltanschaulichen „Interpretationsrahmen“ einen sozialen Schutzraum; es kompensiert seine Isolation durch die Übereinstimmung mit „übergeordneten“ Identifikationsmustern („Nation“, „Mehrheitskultur“), die ein Gefühl von Einbindung und Zugehörigkeit vermitteln.“ Seppmann führt die Zunahme von Gewaltphänomenen, insbesondere rassistischer Gewalt, auf eine gesellschaftliche Verrohung zurück, die aus dem verstärkten Druck zu konkurrieren entstehe. Rechtes Gedankengut sei auch als der Griff zu einfachen Erklärungsmustern zu verstehen, die den Umgang mit einer unverstandenen, aber zunehmend bedrohlichen Welt scheinbar vereinfachen.

Andere AutorInnen zeigen auf, wie die (neuen) Rechten in einem Zeitalter, in dem keine etablierten demokratischen Parteien mehr soziale Sicherheit verteidigen, in die Bresche springen.

Im zweiten Teil werden konkrete Erscheinungsformen des aktuellen Rechtspopulismus beschrieben. Die Analyse erfolgt hierbei auf europäischer Ebene. Zunächst untersucht Sven Schönfelder Themen, Ideologien und Strategien des europäischen Rechtspopulismus und kommt zu dem Schluss, dass es sich um ein Konglomerat aus Strategien und Themen extrem rechter Akteure handelt. Er weist jedoch explizit daraufhin, das die „gesellschaftliche Mitte“ ebenso in den Blick genommen werden muss, da hier rechte Deutungsmuster teilweise große Zustimmung genießen und die rechtspopulistischen Akteur_innen versuchen, an diese anzuknüpfen. Gerd Wiegel folgt in seinem nächsten Beitrag mit einem Überblick über die rechten Kräfte in Europa und diskutiert die Frage eines europäischen Rechtsrucks. Karin Priester gibt einen Überblick über Programmatik und Elemente des Berlusconismus, Arjan Vliegenthart und Hans van Heijningen schaffen einen Leitfaden, um das Phänomen des niederländischen Politikers Geert Wilders zu verstehen. Alexander Häusler entwirft ein Bild der antimuslimischen Agitationsstrategien der neuen Rechten sowie dem Wandel, den der europäische Rechtspopulismus im Gegensatz zur klassischen radikalen Rechten durchgemacht hat.



Schließlich gehen Alban Werner und Richard Gebhardt der Frage nach, warum es in Deutschland noch keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt. Als Gründe nennt er hier unter anderem das Fehlen einer charismatischen Führungsperson, die organisatorische Unfähigkeit der Rechten, vorhandene Potentiale abzuschöpfen, aber auch die Tatsache, dass sich weit verbreitete rechte Einstellungen nicht direkt in Wählerstimmen für rechte Parteien umsetzen. Auch die Tatsache der Stigmatisierung von Nazis macht es rechten Parteien schwer, die vorhandenen Möglichkeiten für sich zu nutzen.

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit den ideologischen Dimensionen des Rechtspopulismus. Fabian Virchow arbeitet hier den Zusammenhang zwischen dem Alltagsrassismus, welcher in den Massenmedien reproduziert wird, und dem Rechtspopulismus heraus. Hierbei konzentriert er sich auf den Boulevardjournalismus und exemplarisch auf die „Bild“. Die „Bild“-Zeitung, so die These, habe durch ihr häufiges Reproduzieren von rassistischen und sozialchauvinistischen Thesen sowie die explizite Bewerbung des Buches „Deutschland schafft sich ab“ eine Grundlage für rassistische Diskurse in der BRD geschaffen. Ein Zugang zu Massenmedien sei für einen Rechtspopulismus essentiell, diesen hätten sie sich allerdings noch nicht verschaffen können, schreibt Virchow.

Das Buch schließt mit dem Versuch, einige Lösungsansätze zu skizzieren. Thomas Wagner warnt hierbei vor einem unreflektierten Umgang mit direktdemokratischen Modellen. Diese geraten zunehmend auch in den Fokus von rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen, die mit ihnen versuchen, das demokratische System auf demokratische Weise abzuschaffen. Beispielhaft sei der Versuch der Rechten, durch Stärkung des Bundespräsidenten mit mehr Befugnissen und Autoritäten das Parlament zu schwächen. Ziel sei die Schaffung einer Führungsperson, die zwar demokratisch gewählt wird, aber im Krisenfall mit weit reichenden Befugnissen autoritär agiert.

Insgesamt vermitteln alle Beiträge fundierte Inhalte in verständlicher Form. Zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen der neuen Rechten in Europa stellt das Buch ein empfehlenswertes Mittel dar.

Ms, in ibs-newsletter Köln

Bathke, Peter; Hoffstadt, Anke (Hg.): **Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus**
362 Seiten, Papyrossa, Köln 2013, 18 Euro
ISBN-10: 3894385073
ISBN-13: 978-3894385071

„Kampf um die Köpfe“ – Ein Streifzug durch die Denkfabriken der deutschen Rechten

Vortrag und Diskussion mit Richard Gebhardt

Donnerstag, den 13.0.6.2013 19:00 Uhr
AC, VHS, Peterstraße 21-25, Forum
VVN-BdA Aachen

Aktionstag gegen die DS abgesagt

Aktionstag der VVN-BdA e.V. gegen die „Deutsche Stimme“ abgesagt wegen Hochwasser und Katastrophenalarm in Sachsen

Riesa ist mit der NPD und dem Sitz des „Deutschen Stimme Verlags“ schon genug gestraft und bekommt nun weitere braune Brühe in Form von Hochwasser ab. Am heutigen Montag ist auch in Riesa Katastrophenalarm wegen des Hochwassers ausgelöst worden.

Die VVN-BdA möchte möglichst vielen Menschen aus Riesa und ganz Sachsen die Gelegenheit geben, sich auf unserem Aktionstag gegen die NPD zu stellen. Das sehen wir im Moment als sehr schwierig an.

Damit die vielen Menschen im Landkreis Meißen sowie in ganz Sachsen die Möglichkeit haben, diese braune Brüheerst einmal aus ihren Kellern, Wohnungen und Häusern zu bekommen, wurde der für den 8. Juni geplante Aktionstag gegen die Deutsche Stimme auf den Spätsommer verschoben.

Aufgeschoben ist nicht Aufgehoben

Die Organisator_innen teilen mit, dass sich die NPD aber auch das Landratsamt Meißen zu früh freuen, wenn sie denken, unser Anliegen habe sich damit in Luft aufgelöst. „“Wir werden im Spätsommer in Riesa auf die Straßen gehen, unser Anliegen vor das Gebäude der NPD-Parteizeitung bringen und die Hütte dicht machen“, teilt Jens von der Demo-Orga mit.

Markus Tervooren, der Berliner Geschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten erklärt dazu: „Antifaschismus kennt keine Saison und Jahreszeiten. Unser Engagement für ein sofortiges Ende der neofaschistischen NPD dauert seit deren Gründung 1964 an. Wir kommen wieder und werden auch in den nächsten Wochen die „Deutsche Stimme“ nicht aus den Augen verlieren. Eins ist sicher- (der) Apfel fällt bald vom Stamm“.

Solidarische Grüße an alle vom Wasser betroffenen Projekte und Wagenplätze. Wir sehen uns im Spätsommer in Riesa, wenn es heißt: Die Deutsche Stimme verstummen lassen – Naziläden zu Baulücken!“

VVN-BdA, Montag, 3. Juni 2013 ■

Keinen CSD mit Pro Köln!

Was klingt, wie ein sehr schlechter Witz, ist bitterer Ernst: Pro Köln möchte dieses Jahr mit einem eigenen Wagen beim CSD teilnehmen. Ihr Motto soll lauten: „Proud to be Kölsch“. Dass gerade der Kölner CSD eine internationale Veranstaltung ist, scheint ihnen bei der Wahl dieses Mottos, das auch sonst keinerlei Bezug zur CSD-Thematik aufweist, entgangen zu sein. Mit an den Haaren herbeigezogenen Pseudo-Argumenten versuchen die RassistInnen sich als Teil der Lesben- und Schwulenbewegung zu präsentieren, indem sie Homophobie ausschließlich bei den von ihnen so verhassten MigrantInnen verorten.

Das hatte noch vor einiger Zeit ganz anders geklungen: Nicht nur hatte Pro Köln in der Vergangenheit immer wieder gegen die finanzielle Förderung von Lesben- und Schwulenorganisationen gestimmt. So schrieb der Arbeitskreis Christen bei Pro Köln im Januar 2011 auf seiner Internetseite über den Dachverband LSVD: „Es geht inzwischen nicht mehr gegen Diskriminierung von Homosexuellen, denn eine solche findet längst nicht mehr statt, sondern homosexuelle Beziehungen sollen der Sexualität zwischen Mann und Frau gleichgestellt werden, und diese Sichtweise, die aufgrund der biologischen Gegebenheiten überhaupt nicht verständlich gemacht werden kann, soll auch in den Schulen den Heranwachsenden so vermittelt werden.“ (zuletzt abgerufen am 3.6.2013). Als 2010 die Kölner CDU erstmals am CSD teilnahm, ätzten die Rechten: „Damit ist die Kölner Parteienlandschaft wieder einen Schritt weiter zu einem Parteien-Einheitsbrei geworden. Wir Christen pro Köln erwähnen nicht ohne Stolz, daß mit der Bürgerbewegung pro Köln die Bürger bei den Wahlen in dieser Stadt wenigstens noch eine Alternative zu dem Parteien-Einerlei haben, der sie ihre Stimme geben können.“ (zuletzt abgerufen am 3.6.2013). Insofern müsste Pro Köln sich also nun selbst im Parteien-Einheitsbrei willkommen heißen.

Nicht willkommen sollten sie unterdes auf dem CSD sein, wenn sie dort denn überhaupt mitlaufen. Noch prüft der KLuST juristische Möglichkeiten, die Rechten draußen zu halten. Der linken Gruppe queergestellt reicht das nicht. In einer Stellungnahme wirft sie dem KLuST vor, sich nicht entschieden genug von Rechts abzugrenzen und damit die Anmeldung von Pro Köln letzten Endes auch mitzuverantworten. (Die ganze Stellungnahme gibt es auf http://www.queergestellt.de/csd13_01.html).

Klar sollte sein: Sich einfach umzudrehen, wenn Pro Köln vorbeizieht, sollte wohl kaum das Mittel der Wahl sein. Am allerbesten wäre es, langfristige Lösungen zu finden – seien sie nun politischer oder juristischer Natur – um eine Teilnahme von Pro Köln am CSD zu verhindern. Denn der CSD wird vermutlich nicht die letzte demokratische Veranstaltung sein, die Pro Köln kapern wird. Genauso wenig wird Pro Köln die letzte reaktionäre Gruppierung sein, die versuchen wird, auf dem CSD aufzutreten.

Pro Köln rühmt sich damit, den CSD durch ihre Teilnahme zu politisieren. Das ist ihnen bisher gelungen. Nun geht es darum, dafür zu sorgen, dass diese Politisierung in die genau andere Richtung läuft, als die Rechten das gerne hätten: Nämlich hin zu einem fortschrittlichen CSD, auf dem für Rassisten und andere Ewiggestrige kein Platz ist.

jk

Fortsetzung von Seite 2

Eines ist klar: Eine „langfristige Lösung“ des Problems wird es nicht geben. Wer hier auf Zeit spielt, setzt vielmehr auf eine biologische Lösung: Darauf, dass die letzten NS-Opfer sterben, bevor ihr Rechtsanspruch auf eine würdige Rente erfüllt ist.

Ulla Jelpke, MdB; Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Koalition blockiert Anerkennung für NS-Opfergruppe

4000 noch lebende sowjetische Kriegsgefangen warten bis heute auf ein Zeichen der Anerkennung seitens der deutschen Bundesregierung

Zur Überweisung des interfraktionellen Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrages für diese Opfergruppe“ in die Ausschüsse, erklärt Cornelia Behm, stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss für die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Seit 2007 blockiert die konservative Mehrheit des Petitionsausschusses die

Repression in Ostsachsen

Rückblick 1.Mai 2012:

Unter dem Motto „Wir arbeiten – Brüssel kassiert“ hatte die sächsische NPD in Bautzen einen Aufmarsch geplant. Das Bündnis „Bautzen l(i)ebt bunt“, bestehend aus Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen und Parteien, fand sich zusammen um entsprechende Gegenaktivitäten zu organisieren.

Gegen 15 Uhr hat ein gegen die Nazis protestierender Mensch diesen am Bautzener Rathenauplatz den sogenannten „Stinkefinger“ gezeigt. Durch diese Geste sahen sich zwei Polizisten beleidigt und es erfolgte ein Zugriff mit anschließender Personalienfeststellung. Der Angeklagte äußerte schon während dieser Prozedur, dass er nicht die Beamten sondern ausschließlich den Nazis die Geste gezeigt habe.

Er bekam einen Strafbefehl über 60 Tagessätze zu jeweils 10 Euro. Gegen diesen wurde form- und fristgerecht Widerspruch eingelegt. So kam es zur Verhandlung vor dem Amtsgericht Bautzen.

Die Verhandlung

Am 05. Juni 2013 verhandelte Richter Dr. Hertle am Amtsgericht Bautzen den Tatvorwurf der „Beleidigung“. Richter Hertle machte zu Beginn der Verhandlung klar, dass es „kein politischer Prozess“ ist. Es gehe um den Tatvorwurf der Beleidigung. Und egal ob es sich Körperverletzung oder Beleidung handele, wenn Polizisten betroffen sind, fahre er eine „Null Toleranz Schiene“, so der Richter.

Der verteidigende Rechtsanwalt warf ein, dass die Geste ausschließlich den Anhängern der extremen Rechten und nicht den Beamten galt. Auch sei dies nach seiner Ansicht nicht strafbar, sondern eher ein Zeichen der oft eingeforderten Zivilcourage.

Auf diese Aussage regierte Richter Hertle etwas später mit der Frage „Sind wir schon wieder soweit?“. „Sind wir schon wieder so weit, dass Menschen mit einer anderen politischen Meinung – gemeint waren die Nazis – rechtlos sind?“ Nach seiner Ansicht darf man auch diese nicht mit Gesten beleidigen, sondern die politische Auseinandersetzung müsse mit demokratischen Mitteln erfolgen. Und weiter:

„Die Polizei schütze ein demokratischen Recht, die Versammlungsfreiheit. Sie schützt den Staat, die Grundrechte, die Verfassung, nicht zuletzt uns, die Menschen.“ Daher dürfe auch sie nicht beleidigt werden.

Die beiden angeblich beleidigten Beamten der PD Görlitz äußerten, dass sie sich durch die Geste und durch die Blickkontakte mit den Angeklagten über mehrere Minuten als Adressaten der Geste sahen und somit als Geschädigte. Polizeiobermeister Geyer: „Es kann durchaus der sein, der den Finger den Nazis gezeigt hat. Er hat uns angeguckt und abwechseln den Finger gezeigt. Da durch Polizeiautos eine Sichtbarriere aufgebaut wurde, konnte er die Nazis gar nicht sehen.“

Letztendlich forderte die Staatsanwaltschaft 60 Tagessätze zu jeweils 20 Euro. Dies hielt sie für tat- und schuldangemessen. Der Verteidiger forderte Freispruch. Der Angeklagte habe Zivilcourage gezeigt und es käme nicht unbedingt auf einen Sichtkontakt mit dem politischen Gegner an. Die Beamte haben eine Geste wahrgenommen, die nicht für sie bestimmt war.

Richter Dr. Hertle verurteilte den Angeklagten. Das Strafmaß: 70 Tagessätzen zu jeweils 25 Euro. Damit fiel das Urteil deutlich härter aus, als es die Staatsanwaltschaft forderte.

Frage:

Wird genauso akribisch gegen Polizeibeamte ermittelt, die ihre Kompetenzen überschreiten und gewalttätig, sogar gegen Landtagsabgeordnete vorgehen?

Hintergrund: Ein juristisches Nachspiel soll das Verhalten eines Polizisten haben, der laut MdL Giegengack (Grüne/ Bündnis 90) gewaltsam nach einem Wortgefecht zu Boden gerissen haben soll. Giegengack stellte Strafanzeige und unterstützt die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Der Beamte war nicht bereit „Name, Dienstnummer und Einheit zu nennen.“, so MdL Giegengack. (1)

Auf Nachfrage beim „Antifaschistischen Rechercheteam Ostsachsen“ wurde bis zum 05. Juni 2013 zwar ermittelt, ein Ergebnis gibt es jedoch nicht. Nun ja, scheinbar dauern manche Ermittlungen länger.

Noch Fragen? Sächsische Justiz eben! Doch davon lassen sich die Akteur_Innen hoffentlich nicht einschüchtern.

Antifaschismus bleibt Handarbeit und darf nicht dem Staat überlassen werden!

(1) http://www.gruene-bautzen.de/startseite/nachrichten-einzelansicht/artikel/274/gruenen-abgeordnete-bei-anti-nazi-demo-von-polizist-angegriffen/
Bericht vom 1.Mai 2012 in Bautzen

http://de.indymedia.org/2012/05/329412.shtml
Andere Repressalien in Bezug auf den 1.Mai 2012 Bautzen
http://de.indymedia.org/2013/03/342067.shtml

Jens Thöricht ■

Annahme der Petition „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ des Vereins KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V.. Diese Petition, für die ich die Berichterstattung übernommen habe, ging dem Antrag voraus, der nun in die Ausschüsse überwiesen wurde.

In den sechs Jahren seit der Einbringung der Petition in den Deutschen Bundestag verstarb die Mehrheit der 20 000 Betroffenen, deren Anträge auf Zwangsarbeiter-Entschädigung abgelehnt worden waren. Heute gibt es nur noch etwa 4000 Überlebende, die weiter unter den gesundheitlichen, sozialen und emotionalen Folgen der rassistischen und ideologischen NS-Vernichtungspolitik leiden. Wenn es nach Union und FDP geht, werden sie wahrscheinlich nie in den Genuss auch nur einer symbolischen Anerkennung für das ihnen angetane Unrecht durch den deutschen Staat kommen.

Während sich die Bundestagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Rita Süssmuth immer für eine faire Lösung stark gemacht hat, argumentiert „ihre“ Unionsfraktion, dass die Anerkennung der besonderen Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen gegebenenfalls Forderungen weiterer NS-Opfergruppen nach sich ziehen könnte. Einer öffentlichen Debatte zum Inhalt unseres Antrages im Rahmen der ersten Lesung verweigerten sich die Regierungsfraktionen. Die Reden gingen schriftlich zu Protokoll.

Es ist eine Schande, dass Union und FDP dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte auf diese Art und Weise schließen wollen.

Hintergrund

Von 4,5 bis 6 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben mehr als 60 Prozent noch während des Krieges in deutschem Gewahrsam an Hunger, Seuchen und Erfrierungen sowie an Erschöpfung in Folge der Zwangsarbeit und der Konzentration in sog. Russenlagern. Im Gegensatz zu anderen Kriegsgefangenen wurde auf die sowjetischen Kriegsgefangenen die Haager Kriegsgefangenenkonvention nicht angewendet. Neben den europäischen Juden sind sie die größte NS-Opfergruppe. Die wenigen Überlebenden schreiben in den von KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. wöchentlich veröffentlichten Freitagsbriefen (www.freitagsbriefe.de) bis heute über ihr Schicksal und ihren Wunsch nach Anerkennung.

Cornelia Behm MdB, 07. Juni 2013 ■

Von Neonazis ermordet: Clément Méric, 18, linker Aktivist

Ein 18jähriger französischer Antifaschist starb vergangene Woche im Pariser Krankenhaus La Pitié-Salpétrière unter den Schlägen von Neonazis. Er war am Mittwoch, den 05. Juni am Spätnachmittag in der Nähe des Saint Lazare-Bahnhofs von rechtsextremen Skinheads angegriffen und schwer verletzt worden. Am Mittwoch Abend wurde er für hirntot erklärt, am Donnerstag Nachmittag wurden die Apparate ausgeschaltet. Am darauffolgenden Tag ergab eine Autopsie, dass er nicht – wie zunächst vermutet – an seinem Sturz mit dem Hinterkopf gegen einen Pfosten gestorben war, sondern direkt an den Folgen der erlittenen Schläge. Die Schläge ins Gesicht hatten das Nasenbein getroffen, eine Gehirnerschütterung und Hirnbluten ausgelöst.

Bei dem Opfer handelt es sich um den 18jährigen Clément Méric, der vor kurzem aus Brest in die französische Hauptstadt gezogen war und an der politikwissenschaftlichen Hochschule Science-Po studierte. Nachdem er zuvor bei der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT organisiert gewesen war, war er an der Hochschule als Mitglied der linken bis linksradikalen Studierendengewerkschaft SUD-Etudiants aktiv. Er war ferner Mitglied der linksradikalen ‚Action antifasciste Paris-banlieue'.

Den tödlichen Schlägen voraus ging ein Streit in einem Klamottenladen zwischen einer Gruppe aus vier jungen Antifas und einer zahlenmäßig ebenbürtigen Gruppe Skinheads, bei denen die Ersteren die Naziskins stichelten. Es handelte sich um einen Sonderverkauf von englischer Markenkleidung, die sowohl bei Skins als auch bei manchen Antifas beliebt ist. Laut Aussagen von Verkäufern und Aufsichtspersonal äußerten sich die jungen Antifas abfällig über „die Nazis, die einkaufen gehen" und versprachen ihnen, „am Ausgang auf sie zu warten". Doch die Naziskins – von denen einer erwidert haben soll: „Er ist ein schmales Hemd, und provoziert uns!" – riefen telefonisch Verstärkung herbei, die auch alsbald eintraf. Aufgrund der Überzahl der Naziskins ebenso wie aufgrund der soeben zitierten Äußerung ist klar, dass die Rechtsradikalen eine überaus klare körperliche Überlegenheit aufwiesen. Um kurz nach 18 Uhr fielen die tödlichen Schläge, und wie die Sonntagszeitung JDD berichtet, zogen die Naziskins nach vollbrachter Tat „frohen Gesichts von dannen, nachdem ihnen klar wurde, dass ihnen niemand folgte" und „klatschten sich gegenseitig in die Hände, ungefähr als ob sie gerade gemeinsam ein Diplom erhalten hätten oder Ähnliches".

Zu den Herbeigerufenen zählte der spätere Haupttäter, der 20jährige Angestellte im Security-Gewerbe Esteban Morillo. Er wurde in Spanien geboren, wuchs in einem Kaff in der Picardie namens Neuilly-Saint-Front (sic) auf und machte dort als Dorfnazi auf sich aufmerksam. Doch in den letzten zwei Jahren kam er nach Paris, wo er vom Dunstkreis von Serge Ayoub – Inhaber des rechtsextremen Veranstaltungsorts ‚Le Local' im Pariser Süden, ehemaliger Skin-Anführer in den 1980er Jahren und jetzt Kopf einer Minipartei unter dem Namen ‚Troisième Voie' (Dritter Weg) – angezogen wurde. Serge Ayoub nimmt auch des Öfteren an fraktionsübergreifenden rechtsextremen Mobilisierungen teil: von Veranstaltungen der Zeitschrift Synthèse Nationale (die u.a. mehrere Abspaltungen vom Front National wie ‚Nouvelle Droite Populaire', ‚Parti de France' und MNR vereinigt) wie am 11.11.2010 in Paris – wir berichteten live in AN – bis zur Jeanne d'Arc-Demonstration am 12. Mai dieses Jahres in Paris. Bei Letzterer handelt es sich nicht um den jährlichen Aufmarsch des Front National für Jeanne d'Arc (welcher immer am 1. Mai stattfindet), sondern um die alternativ dazu stattfindende Hardliner-Demonstration, deren Veranstaltern die Wahlpartei FN viel zu schlapp erscheint.

‚Troisième Voie' verfügt über einen schlagenden Arm von geschätzten dreißig Mitgliedern unter dem Namen ‚Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires' (JNR); es handelt sich um eine Truppe, die u.a. die Ordnerdienste für die Kleinstpartei übernimmt. Der Haupttäter, ebenso wie einige andere Teilnehmer an der Schlägerei vom Spätnachmittag des 05. Juni, werden von Behörden und Medien als „mutmaßliche Sympathisanten der JNR" dargestellt. Nicht unwahrscheinlich ist, dass sie auch Mitglieder der Schlägervereinigung waren – nur ist dies insofern schwer nachzuweisen, als die JNR über keinerlei formelle Struktur verfügen, wie Serge Ayoub selbst schadenfroh in mehreren Zeitungen erklärte. Der Haupttäter tauchte bei Facebook als ‚Freund' von ‚Troisième Voie' auf. Unterdessen hat Innenminister Manuel Valls – ebenso wie Premierminister Jean-Marc Ayrault – angekündigt, die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die JNR (und eventuell andere Nazigruppen) zu prüfen.

Unklar ist zur Stunde, ob Morillo mit bloßen Händen zuschlug (wie er selbst behauptet) oder mit einem Stahlhandschuh als Schlägerwerkzeug, wie Zeugen angegeben haben. Bei ihm zu Hause wurde in jedem Falle ein Stahlhandschuh gefunden – dessen Besitz ist ihm also nachgewiesen, fraglich ist nur noch, ob er ihn am 05. Juni auch einsetzte. Bei einem anderen der Beteiligten, dem 25jährigen „Samuel" (bislang ist nur sein Vorname über die Presse bekannt geworden), wurden zwei blutverschmierte Ringe gefunden, mit denen er zuschlug. Er hat inzwischen eingeräumt, dem Toten selbst Schläge zugefügt zu haben, und wurde in Untersuchungshaft genommen, ebenso wie Esteban Morillo. Drei weitere Teilnehmer, zwei männliche Naziskins und Morillos 32jährige Freundin „Katia", wurden nach ihrer polizeilichen Vernehmung auf freien Fuß gesetzt, müssen jedoch mit einer Anklage rechnen. Estaban Morillo als Verursacher der tödlichen Schläge sitzt seinerseits in U-Haft. Der zuständige Untersuchungsrichter ermittelt derzeit wegen „fahrlässigen Totschlags" (d.h. Körperverletzung mit unbeabsichtigter Todesfolge); seine Auffassung steht damit im Gegensatz zu jener der Staatsanwaltschaft, die ursprünglich erklärte, von „vorsätzlichem Totschlag" auszugehen. Üblicherweise wird wegen des stärkeren infrage kommenden Delikts ermittelt, auf die Gefahr hin, dass die Straftat dann vor Gericht heruntergestuft wird. Möglicherweise geht der Untersuchungsrichter von Beweisproblemen bezüglich des Vorsatzes aus – Morillo selbst hat die Schläge zugegeben, aber verneint jegliche Tötungsabsicht. Allerdings dürfte die Benutzung von Stahlhandschuhen, sofern sie nachgewiesen werden kann, zumindest für einen strafrechtlichen ‚dolus eventualis' (d.h. dafür, dass der Täter das Tötungsergebnis wissentlich in kauf nahm) sprechen. Ein solcher gilt im Strafrecht als Vorsatz.

Infolge des Todes von Clément Méric fanden in kürzester Zeit massive Protest-

→

Nach der rechten Protestbewegungen gegen die Homo-Ehe:

Putschfantasien und Nachdenken über Organisationsverbote

Über wüste Fantasien rechter Zeitgenossen berichtet am 04. Juni 13 der auf Militär- und verteidigungspolitische Themen spezialisierte Journalist Jean-Dominique Merchet in der seit Mai d.J. neu bestehenden Tageszeitung L'Option. Unter dem Titel „Diese extreme Rechte, die sich Fantasmen über einen Militärputsch hingibt" referiert Merchet, dass eine rechtsnationalistische Gruppe unter dem Namen Lys Noir (Schwarze Lilie) in einem Text zu einem Staatsstreich katholischer und nationalgesinnter hoher Offiziere aufrufe. Der Text, der „im Internet weite Verbreitung fand", erschien vor kurzem in der ersten Ausgabe ihrer Zeitschrift Arsenal. Wenn die Putschgedanken auch ins Reich des Irrealen gehörten, so zeige man sich im Verteidigungsministerium doch besorgt und nehme die Veröffentlichung „sehr ernst", da die Verfasser sich über innere Vorgänge in der Armee sehr gut und ausführlich informiert zeigten.

Der Artikel in Arsenal fantasiert von einer „politischen Lösung" aktueller Konflikte durch einen Staatsstreich, den die Autoren mit „einer französischen Ausgabe der Nelkenrevolution in Portugal" vergleichen. Dabei werden jedoch falsche Fährten gelegt. Die „Nelkenrevolution" von 1974 war allerdings nicht autoritär oder faschistisch inspiriert, sondern setzte im Gegenteil dem rechtsautoritären Regime unter Salazar bzw. seinem Nachfolger Caetano ein Ende und leitete die Demokratisierung des Landes ein. Viel näher dürften die Verfasser der französischen OAS („Organisation geheime Armee") stehen, die 1961/62 entstand, um sich Gewalt dem Entkolonisierungsprozess vor allem in Algerien zu widersetzen, und sich zum Teil aus der Armee heraus entwickelte. In dem Text beziehen die Autoren sich auch positiv auf die OAS, „eine äußerst respektable Bewegung".

Als aktuellen Bezugspunkt wählten die Verfasser die lose strukturierte Bewegung Le Printemps français („Französischer Frühling") unter der 52jährigen Béatrice Bourges, einer rechtskatholischen Unternehmerin aus dem Raum Versailles, die dem deutschen Unterhalter Otto Waalkes verblüffend ähnlich sieht. Der „Französische Frühling" entstand Ende März dieses Jahres auf dem rechten Flügel der Protestbewegung gegen die Homosexuellen-Ehe, die am 23. April vom französischen Parlament beschlossen wurde. Das Gesetz ist inzwischen in Kraft, es wurde am 17. Mai vom Verfassungsgericht als verfassungskonform bestätigt und am folgenden Tag von Staatspräsident François Hollande unterzeichnet. Die erste Ehe zwischen zwei Homosexuellen wurde am 29. Mai im Rathaus von Montpellier gefeiert, unter dem Schutz von 250 bis 300 Polizei- und Gendarmeriebeamten. Einige Tage später erhielt die Bürgermeisterin von Montpellier, Hélène Mandroux, einen Umschlag voller Exkremente zugestellt.

Doch damit ist die Bewegung dagegen nicht zu Ende, sondern geht in unterschiedlichen Formen weiter – von Aufrufen an Bürgermeister, unter dem Bruch geltender Gesetze den Eheschluss homosexueller Paare in ihren Rathäusern zu „boykottieren" und faktisch zu verhindern, bis zu politisch-religiös geprägten Nachtwachten junger Leute in einigen Innenstädten. Allerdings scheint die Phase der Massendemonstrationen zum Thema, die seit dem 17. November 2012 mehrfach stattfanden, in der bisherigen Form zu Ende. Eine letzte Demonstration dazu, an der laut Beobachtungen des Verfassers dieser Zeilen rund 300 000 Menschen teilnahmen (die Veranstalter sprachen von „über einer Million" und das Innenministerium von 150 000), spielte sich am 26. Mai dieses Jahres in Paris ab. In ihrem Anschluss kam es zu massiven Ausschreitungen von militanten rechten Gruppen. Am Abend wurden 36 Menschen verletzt: 34 eingesetzte Polizisten, ein als „Vertreter der Systempresse" angegriffener Fotograph der Nachrichtenagentur AFP und ein Mann, der aus ungeklärten Gründen von Teilnehmern zusammengeschlagen wurde.

Der „Französische Frühling" entstand im Zuge der Großdemonstrationen in den ersten Jahresmonaten und sollte dazu dienen, die Bewegung zu radikalisieren. Ihre Anführerin Béatrice Bourges hat einen Mitgliedsausweis der stärksten Oppositionspartei, der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP. Doch mehrere gewaltbereite außerparlamentarische Oppositionsgruppen aus der extremen Rechten – vom Bloc identitaire bis zum Renouveau français – erklärten dem „Französischen Frühling" ausdrücklich ihre Unterstützung oder betätigen sich dort.

Offiziell will der „Französische Frühling" mit den Urhebern der Putschfantasien nichts zu tun haben, und Béatrice Bourges erklärt, es handele sich um eine unerbetene Identifikation mit ihrer Bewegung. Allerdings ist so viel sicher, dass die Bewegung gegen die Homosexuellenehe – welch letztere in rechtskonservativen bis rechtsextremen Kreisen in oft apokalyptischen Begriffen als eine „Zerstörung der natürlichen Ordnung" beschrieben wurde – neben der Kirche gerade auch in Kreisen der Armee breite Kreise gezogen hat. Die auf Investigationsjournalismus sowie Satire spezialisierte Wochenzeitung Le Canard enchaîné berichtete am 22. Mai 2013, aufgrund der heftigen Agitation in Offizierskreisen habe Innenminister Manuel Valls eine Untersuchung über Aktivisten in diesem Milieu anordnen lassen. Drei Tage später widmete sich, am 25. Mai, die dem Front National verbundene Internetpublikation Nations Presse Info ihrerseits ausführlich dem Thema. Die Stimmung in Teilen der französischen Armee gilt als stark angespannt, da neben dem aus konservativ-reaktionärer Sicht „widernatürlichen" Gesetz auch andere aktuelle Themen für Konfliktstoff sorgen. Da sind die Sparpläne im Staatshaushalt, denen 24 000 Mitarbeiterstellen bei der

---

demonstrationen statt. Am Donnerstag Abend (06.06.13) fanden sich zunächst rund 300 engere politische Freundinnen und Freunde des Getöteten in der Nähe des Saint Lazare-Bahnhofs – und des Tatorts – ein. Anderthalb Stunden später fand eine breitere Kundgebung mit rund 5000 Menschen bei Saint-Michel, d.h. im Pariser Stadtzentrum, statt. Die beiden Kandidatinnen der großen Parteien – sog. ‚Sozialistische' Partei und UMP - für das Pariser Rathaus, Anne Hidalgo und Nathalie Kosciusko-Morizet, wurden durch Linksradikale an einer Teilnahme gehindert (worüber man wahrscheinlich ernsthaft diskutieren muss, was die Sinnhaftigkeit betrifft). In ganz Frankreich fanden zur selben Zeit Demonstrationen in sechzig Städten mit, inklusive Paris, insgesamt circa 15 000 Teilnehmer/inne/n statt. Zwei Tage später demonstrierten am Samstag Nachmittag erneut zwischen 4000 (lt. Polizei) und 6000 Menschen in Paris, und weitere 2000 bis 3000 in Toulouse und Nantes. Hinzu kamen kleinere Demos wie in Perpignan.

Am Abend des Montag, den 10. Juni findet am Sitz des Gewerkschaftsverbands Union syndicale Solidaires (dem auch die Studierendengewerkschaft SUD-Etudiants angehört, deren Mitglied Clément Méric war) ein Bündnistreffen statt, bei dem über weitere Aktionen beraten wird.

Bernard Schmid, Paris

Armee zum Opfer fallen könnten, oder der seit längerem schwelende Streit um das neue Computerprogramm Louvois. Dessen manifeste Funktionsstörungen sorgen seit rund einem Jahr dafür, dass viele Berufssoldaten ihr Gehalt oft mit mehrmonatigen Verzögerungen verspätet erhielten.

Am 24. Mai erwog Innenminister Manuel Valls unterdessen aufgrund einiger aktueller Vorkommnisse, ein Organisationsverbot gegen Le Printemps français zu verhängen. Der „Französische Frühling" hatte kurz zuvor angekündigt, nunmehr „die Regierung und all ihre Anhängsel, die politischen Parteien der Kollaboration" – gemeint ist: mit der angeblichen „sozialistischen Diktatur" – „und die Lobbys, in denen die herrschende Ideologie ausgearbeitet und verbreitet wird", ins Visier zu nehmen. Innenminister Valls wertete dies als eine Ankündigung von Einschüchterung und Gewalt.

Unter der „herrschenden Ideologie" versteht die Gruppierung die Abkehr von der vorgeblichen natürlichen Moral, und speziell „die Genderideologie", da derzeit über die Einführung der Gendertheorie in französische Schulbücher derzeit diskutiert wird. Was man unter den vermeintlich einflussreichen „Lobbys" versteht, stellte die Gruppierung am Abend desselben Tages (24. Mai) unter Beweis, als sie vor der Freimaurerloge Le Grand Orient in Paris demonstrierte. Um den Einfluss der Freimaurer, die vor 1789 eine wichtige Rolle als Geheimorganisation des aufgeklärten oder revolutionären Bürgertums spielten und heute zum Teil als elitäre Zirkel in einem Teil der Bourgeoisie fortbestehen, ranken sich seit zweihundert Jahren wüste Verschwörungstheorien. Bei reaktionären Katholiken sind sie ebenso beliebt wie bei Antisemiten und Neofaschisten.

Bernard Schmid, Paris

‚Alter summit' in Athen:

Europaweite Zusammenarbeit im Kampf gegen die extreme Rechte

Am Samstag und Sonntag, den 07. und 08. Juni 13 fand im Olympiastadion von Athen der europaweite ‚Alter Summit' statt. Diese Einrichtung hat die „Europäischen Sozialforen" aus dem vergangenen Jahrzehnt abgelöst, denn diese erwiesen sich als zu unverbindlich. Trotz zahlreicher interessanter Veranstaltungen waren dort im Nachhinein oft wenig konkrete Ergebnisse zu verzeichnen, da die einzelnen Themen und Aktionen nur wenig aufeinander bezogen waren und oft relativ zusammenhanglos nebeneinander standen. Die Ablösung der „Sozialforen" durch Multiplikator/inn/entreffen im Rahmen der „Alternativ-Gipfel", die als Arbeitstreffen nach einem Konsens zu bestimmten Themen suchen sollen, soll einer stärkeren Ergebnisorientierung dienen. Statt dass – wie bei den „Sozialforen" – zahlreiche, autonom organisierte Veranstaltungen „im Rahmen des Forums" angeboten werden, soll es nur Treffen und Workshops „des" Gipfels geben. Als Bestandteil eines gemeinsamen, verbindlichen Rahmens. Allerdings haben die Treffen dabei zugleich an Offenheit und Pluralismus eingebüßt, und größere Organisationen (wie manche Gewerkschaften: französische CGT, italienische CGIL… plus Attac und die griechische Linkspartei Syriza) können durch ihre Präsenz bei Vor- und Nachbereitung die Inhalte erheblich kanalisieren.

Mit rund 1500, zeitweilig 2000 Teilnehmer/innen fiel die Bilanz des ‚Alter Summit' in Athen verhalten aus. Die Abschlussdemonstration wurde mit rund 2500 Menschen etwas größer, da hier eine stärkere griechische Beteiligung als während der Veranstaltungen im Olympiastadion gegeben war. Auf dem Syntagma-Platz vor dem griechischen Parlament mischte die Demonstration sich am Sonntag Abend dann mit der Athener Gay and Lesbian Pride-(oder Saint Christopher Street-)Demonstration, und es kamen rund 10 000 Menschen zusammen. Letztere Demonstration erhielt ihrerseits einen beeindruckenden Antifa-Block.

Antifaschismus war inhaltlich eine der wichtigen Baustellen des ‚Alter Summit', nachdem zuvor hart um seine Präsenz gerungen war. (Auf einem ersten Vorbereitungstreffen in Mailand/Milano im September 2012 wollten etwa manche Gewerkschaftsapparate zunächst von einer spezifisch antifaschistischen Thematik nicht viel wissen.)

Am Samstagvormittag fand dazu eine der größeren Veranstaltungen im Rahmen des ‚Alter Summit' mit rund 200 bis 300 Teilnehmer/inne/n statt. Parallel zu ihr dazu fanden weitere thematischen Sitzungen etwa zu Gesundheitspolitik und Schuldenstreichung statt. Am Nachmittag folgte dann ein Treffen der Unterzeichner/innen des „Europäischen antifaschistischen Manifests", das 2012 von Menschen in Athen ausgearbeitet wurde und inzwischen von größeren politischen Kräften in Griechenland, Spanien und Slowenien (im letzteren Fall vom Verband der Veteranen des Widerstands gegen Nazideutschland bis hin zu einer Polizeigewerkschaft…) unterstützt wird. Auch in Frankreich findet es wachsenden Widerhall, und ein gemeinsames Arbeitstreffen zu dem „Europäischen antifaschistischen Manifest" soll im Herbst 2013 möglicherweise in Paris stattfinden. Zudem soll eine eigene Webseite zu dem Manifest, und perspektivisch eine Beobachtungsstelle über die extreme Rechte eingerichtet werden.

Zurück zu der Vormittagsveranstaltung, die ihrerseits mit einigen konkreten Vorschlägen änderte: So soll es einen gemeinsamen europaweiten Aktionstag gegen die extreme Rechte geben, im Gespräch dafür ist als eventuelles Datum der 08. Mai, und in der zweiten Jahreshälfte 2014 eine europäische Großveranstaltung. Aufgrund der aktuellen politischen Dringlichkeit soll sie wahrscheinlich in Budapest stattfinden.

An dem Treffen nahmen Menschen aus einem geographischen Bereich von Valencia (Spanien) über Paris und Berlin bis nach Weißrussland und nach Moskau teil. Eine Vertreterin der griechischen Linksformation Syriza berichtete zu Anfang von den täglichen Einschüchterungen, die von der wachsenden Präsenz der Neonazipartei ‚Goldene Morgenröte' ausgehen. Gefährlich erscheint aber auch die Komplizenschaft, die sie bei Teilen der griechischen Polizei antrifft, aber auch aus der Regierung heraus. So leitete das griechischen Innenministerium eine Großoperation gegen „illegale" Migranten und Migrantinnen unter dem zynischen Titel „Gott der Gastfeundschaft" ein. Als ‚Goldene Morgenröte' im griechischen Parlament nachfragte, wie es komme, dass Kinder von (auch „illegalen") Migranten in griechische Kindergärten gehen können, versandte die Regierung kurz darauf einen Fragebogen über „ausländische Kinder" an zahllose Kindergärten – von denen viele jegliche Antwort verweigerten. Und die Reaktionen des Regierungslagers zu einem jüngsten „Vorschlag für ein Antirassismusgesetz", der von ‚Goldene Morgenröte' vorgelegt wurde und – dem Schutz griechischer Minderheiten in anderen Staaten dienen soll, waren eher zustimmend.

Ein weiteres zentrales Thema war die Situation in Osteuropa, insbesondere in Ungarn (wo die rechtsautoritäre FIDESZ-Regierung jüngst die Verfassung abänderte, während die neofaschistische Jobbik-Bewegung wächst), aber auch in der Tschechischen Republik. Dazu arbeitet u.a. das auf der Tagung präsente „Prager Frühling II-Network". Der Europaparlamentarier der deutschen Linkspartei Helmut Schultz berichtete über den NSU-Prozess und die Verwicklung deutscher Verfassungsschutzämter in die NSU-Affäre.

Wenn die Vorschläge für gemeinsame europaweite Aktionen vom vergangenen Samstag in die Tat umgesetzt werden, dann verfügt die europäische antifaschistische Bewegung über wichtige Handlungsperspektiven.

B.S., Paris

Anuar und Bedir Naso kommen wieder nach Hause!

Es ist soweit: Am Nachmittag des 01.06.2013 werden Vater und Sohn endlich nach Deutschland zurückkehren dürfen. Somit sind Gefangenschaft und Folter in Syrien und ein isoliertes Leben ohne Schule und Familie im bulgarischen Exil endlich Geschichte. Nach langwierigen bürokratischen Vorgängen kam es heute endlich zu einer Visumsausstellung durch die deutsche Botschaft in Bulgarien. Genau 28 Monate nach der Abschiebung ist die Familie Naso wieder vereint.

Eine Petition mit 18 000 Unterschriften und der unermüdliche Einsatz der in Deutschland verbliebenen Familie und zahlreicher Unterstützer_innen hatten dies überhaupt möglich gemacht. Die Landesregierung und der Landkreis Hildesheim stimmten der Erteilung des Visums zu.

Der Fall der Familie Naso ist ein Paradebeispiel der unmenschlichen Abschiebepolitik unter Schünemann. Rücksichtslos wurden Vater und Sohn am 01.Februar 2011 abgeschoben. Die Mutter verblieb nur aufgrund ihrer gesundheitlich labilen Lage in Deutschland. Daraufhin organisierten die Unterstützer/innen gemeinsam mit der Familie einen beispiellosen Kampf für die Rückkehr der Abgeschobenen. Unter dem Motto „Nicht ohne meinen Bruder“ initiierte die Schwester und Tochter Schanas Naso über die Organisation „Change.org“ eine ausdrucksstarke Kampagne für die Rückkehr von Anuar: Den Aufruf unterschrieben mehr als 18 000 Menschen. Im April konnten die Unterstützer_innen dem neuen niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) die Petition mit den Unterschriften persönlich überreichen. Der neue Innenminister setzte dann die Rückkehr der beiden durch.

Wieder ist es ein Fall von Familientrennung, der noch von der alten Landesregierung zu verantworten ist und nun ein glückliches Ende findet. Diesmal waren es einzelne Schulnoten, die den jungen Anuar als „nicht integrierbar“ klassifizieren sollten und den Behörden Anlass genug waren, den Minderjährigen und seinen Vater kurz vor Ausbruch des Bürgerkriegs nach Syrien abzuschieben.

Es war ein langer Kampf, sowohl vor als auch nach der Abschiebung, der von der Familie und vielen Unterstützer_innen geführt wurde. Ihrer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass die Familie Naso Anuar und Bedir nun endlich wieder in die Arme schließen kann.

Quelle: Presseinformation Flüchtlingsrat Niedersachsen 31.05.2013 ■

„Gamze soll in Hanstedt bleiben“

Im Landkreis Harburg kämpft eine Schule um das Aufenthaltsrecht ihrer Mitschülerin Gamze, die zusammen mit ihrer Familie aus Mazedonien nach Deutschland geflohen ist. 389 Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern haben mit einer Eingabe bei der Härtefallkommission zunächst einmal einen Aufschub erwirkt. Die in der Gemeinde beliebte und anerkannte Familie wird auch von der Arbeiterwohlfahrt unterstützt.

Weitere Informationen bei Erk Jessen, Integrationsberatung der AWO im LK Harburg

Quelle: Flüchtingsrat Niedersachsen 29.05.2013 ■

Bundesrat: Weiter Arbeitseinschränkung für Flüchtlinge

Der Bundesrat zeigt hinsichtlich der geplanten Zusammenlegung der Beschäftigungsverordnung BeschV und der Beschäftigungsverfahrensverordnung BeschVerfV sowie beabsichtigter Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs für Nichtdeutsche nur wenig Bereitschaft, den Gesetzentwurf des Bundestags noch zu liberalisieren.

Die Bundesregierung plant für alle Ausländer mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis (§§ 22 bis 25 AufenthG) die Schaffung eines unbeschränkten Zugang zu Beschäftigungen jeder Art, siehe (BR Drs 182/13 v. 01.03.2013). Das scheint zwischen Bundestag und Bundesrat Konsens zu sein.

In einer Stellungnahme vom 18.4.2013 haben Niedersachsen und Schleswig-Holstein gefordert, das Arbeitsverbot für Geduldete ganz zu streichen. Die Stellungnahme des federführenden Ausschusses für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Bundesrat vom 22.4.2013 sah nur noch die Aufhebung des Arbeitsverbots für Jugendliche und Heranwachsende vor, darüber hinaus die Verkürzung der Wartefrist auf 6 Monate sowie die Gleichstellung von Asylbewerber_innen mit Geduldeten.

Der Stellungnahme des Bundesrats-Plenum v. 3.5.2013 zufolge hält nun überraschend der Bundesrat am dauerhaften Arbeitsverbot nach § 33 BeschV Entwurf (derzeit § 11 BeschVerfV) für alle, auch für jugendliche Geduldete fest, die nach Auffassung der Behörden selbst zu vertreten haben, dass sie nicht abgeschoben werden können. Lediglich die aufgrund der Asylverfahrensdauer nur wenigen nutzende Gleichstellung von Asylsuchenden mit Geduldeten ist noch dabei (Ausbildungszugang nach 12 Monaten, Arbeitsmarktzugang nach 48 Monaten).

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 30.05.2013

Leidvolle Flüchtlings-Erfahrungen im EU-Asylsystem

JRS Bericht „Protection Interrupted“: Dublin II bricht das Schutzversprechen

Berlin/ Brüssel, den 4. Juni 2013. Die Chancen von Asylsuchenden, in Europa Schutz zu finden, werden durch die europäische Zuständigkeitsregelung („Dublin II“) erheblich verschlechtert und verzögert. Zu diesem Schluss kommt der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) in einem am Dienstag in Brüssel vorgestellten Bericht. Dafür wurden 257 Asylsuchende, die von diesem Verfahren unmittelbar betroffen waren, in neun EU-Staaten nach ihren Erfahrungen befragt. Deutschland wird u.a. für die häufige Inhaftierung von Asylsuchenden kritisiert.

Die sog. Dublin-II-Verordnung sieht vor, dass derjenige EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist, in dem ein Flüchtling zuerst europäischen Boden betreten hat. „Diese Regelung beruht auf der Annahme, dass überall in Europa ähnliche Schutzstandards gelten – sowohl für das Asylverfahren wie auch für menschenwürdige Lebensverhältnisse während des Verfahrens“, so Philip Amaral, Advocacy Coordinator des JRS Europa. „Unser Bericht belegt, wie falsch diese Annahme ist. In Frankreich müssen Asylsuchende oft in Bahnhöfen oder Parks übernachten, weil sie keine Unterkunft erhalten. In Belgien werden sie im Dublin-Verfahren regelmäßig inhaftiert. In Italien sieht das Gesetz zwar vor, ihnen Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, es geschieht aber nicht.“

In Deutschland hat der JRS mit 37 Flüchtlingen gesprochen, viele hatten eine Odyssee durch drei oder vier EU-Staaten hinter sich. Rund die Hälfte gab an, das Verfahren nicht zu verstehen – ein Wert,

den der Bericht europaweit bestätigt. Viele hatten zuvor Monate lang in anderen EU-Ländern schutzlos ohne Essen und Geld auf der Straße leben müssen. „Für sie ist es eine enorme Belastung, in Länder zurückgeschoben zu werden, die sie wegen unerträglicher Zustände verlassen haben“, sagt Heiko Habbe, Policy Officer des JRS Deutschland und Autor des Deutschlandkapitels. Scharf kritisiert er die hiesige Inhaftierungspraxis: „Inzwischen treffen wir in der Abschiebungshaft überwiegend Asylsuchende im Dublin-Verfahren, die in einen anderes EU-Land zurückgeschoben werden sollen. Dabei müssten diese Verfahren – so wie andere Asylverfahren auch – grundsätzlich in Freiheit geführt werden.“ Außerdem haben es Betroffene besonders schwer, einen Rechtsbeistand zu erhalten. „Viele sind über ein Verfahren, das für sie lebensentscheidend ist, schlecht informiert. Und dadurch oft nicht in der Lage, Entscheidungen zu verstehen, geschweige denn, sie gerichtlich anzufechten.“ Gemeinsam mit anderen Organisationen fordert JRS Deutschland deshalb, Flüchtlingen freizustellen, in welchem Land sie ihr Asylverfahren führen wollen. Ein junger Afghane fasste den erschütternden Bericht seiner jahrelangen Flucht quer durch Europa am Ende so zusammen: „Ja, ich kenne Dublin II. Es ist ein Krieg gegen Flüchtlinge.“

Der Jesuit Refugee Service (*Jesuiten-Flüchtlingsdienst, JRS*) wurde 1980 angesichts der Not vietnamesischer Boat People gegründet und ist heute als internationale Hilfsorganisation in mehr als 50 Ländern tätig. In Deutschland setzt sich der Jesuiten-Flüchtlingsdienst für Abschiebungsgefangene ein, für geduldete Flüchtlinge und für Menschen ohne Aufenthaltsstatus („Papierlose“). Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Seelsorge, Rechtshilfe und politische Fürsprache.

Quelle: Pressemitteilung Jesuiten-Flüchtlingsdienst 03.05.2013 ■

Politikwechsel in der Einwanderungs-,Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik

„Pro Asyl, der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind davon überzeugt, dass ein Politikwechsel in der Einwanderungs-, Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik sowie bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus dringend erforderlich ist.“, heißt es in einem Positionspapier, das die drei Organisationen gemeinsam zur Bundestagswahl 2013 veröffentlichen werden. Offiziell vorgestellt wird das Papier Mitte Juni. Die Forderungen im Positionspapier richten sich direkt an die neue Bundesregierung und sollen als Maßnahmen im Regierungsprogramm verankert und zügig umgesetzt werden.

Der Diskriminierungsschutz müsse ausgeweitet und verstärkt werden: „Die Reichweite des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist auf den Bildungsbereich und andere Felder staatlichen Handelns auszuweiten“, so die drei Organisationen. Daneben müsse das AGG um eine umfassende Möglichkeit der Verbandsklage erweitert und die Frist zur Anzeige auf 12 Monate verlängert werden. Die Beweislast vor Gericht – durch Anbringung von Indizien – soll dem Papier zufolge auf den Beklagten übergehen. Schließlich fordern die Organisationen eine bessere finanzielle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), „damit sie arbeitsfähig ist.“

Beim Flüchtlingsschutz steht die freie Einreise Schutzsuchender in die EU im Fordergrund. Rückführungsabkommen, Zurückweisung und Einreiseverweigerungen müssten der Vergangenheit angehören. Auch sollte die Zahl der Kontingentflüchtlinge ausgeweitet werden. Die Inhaftierung von Flüchtlingen solle beendet und das Dublin-Verfahren grundlegend reformiert werden. Das Asylverfahren müsse beschleunigt werden, wobei jeder das Recht auf ein Verfahren erhalten soll. Das Flughafenverfahren gehöre abgeschafft.

Für Geduldete fordern die Organisationen eine dauerhafte Bleiberechtsregelung unabhängig vom Tag der Einreise. Das Asylbewerberleistungsgesetz sei abzuschaffen und die sozialrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbern, Geduldeten und anderen subsidiär Geschützten schnell umzusetzen. Die Einbürgerung soll entsprechend dem Positionspapier erleichtert, die Optionspflicht abgeschafft und Mehrstaatigkeit generell anerkannt werden.

Ein weiterer Punkt. „Die aufenthaltsrechtlichen Hemmnisse zur Partizipation in Arbeitswelt und Gesellschaft müssen abgebaut werden.“ Dies kann über die Möglichkeit eines Daueraufenthalts für alle Migrantengruppen erreicht werden. Dabei muss allen der Zugang zu Integrationsmaßnahmen ermöglicht werden. Für das geforderte transparentere Zuwanderungsverfahren soll ein System zur „menschenrechtlichen und kriterienbezogenen Erteilung einer Daueraufenthaltserlaubnis“ – sprich Punktesystem – geschaffen werden.

Grenzüberschreitender Arbeitskräfteeinsatz dürfe nicht länger zu Lohndumping führen. Deshalb sei ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Kontrolle der Unternehmen und eine verstärkte Haftung der Auftraggeber bei Verstößen durchzusetzen. Auch grenzüberschreitend eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigten Zugang zu Beratung, einem festen Aufenthaltsstatus und den Zugang zu Integrationsmaßnahmen.

Schließlich müssen aus Sicht der Organisationen Hindernisse im Zusammenhang mit dem Familien- und Ehegattennachzug abgebaut werden, beispielsweise durch die Gewährung des Nachzugs unabhängig von Aufenthaltsstatus und durch die Abschaffung von Sprachtests für den nachziehenden Ehegatten.

Das Positionspapier steht ab dem 15. Juni im Netz.

Quelle: Publikation „Forum Migration Juni 2013“ ■

EKD fordert: Bleiberecht für Geduldete und Arbeitsmarktintegration

Integration ist eine herausragende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die dem Erhalt des inneren Friedens dient. Darauf hat der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, anlässlich des 6. Integrationsgipfels der Bundeskanzlerin hingewiesen. „Eine gelingende Integrationspolitik muss darauf gerichtet sein, Menschen mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen“, betonte Schneider, der an dem Gipfel am heutigen Dienstag in Berlin teilnimmt. …

Zu einer solchen gelingenden Integration gehöre nicht zuletzt auch die Möglichkeit, in Deutschland arbeiten zu können und somit den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, betonte Schneider. Die EKD begrüße die Anstrengungen, die Bundesregierung und Landesregierungen für die Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Menschen mit unterschiedlichen Aufenthaltsrechten unternommen haben. Allerdings müssen diese Anstrengungen fortgesetzt werden.

Neben weiteren rechtlichen Verbesserungen wie sie nun beispielsweise in Umsetzung der neuen EU Asylverfahrensrichtlinie mit der Verkürzung des Arbeitsverbots für Asylsuchende auf neun Monate vorgesehen sind, müssten auch die praktischen Bedingungen in den Blick genommen und Beratungsangebote ausgebaut werden. „Dabei ist Unterstützung für Benachteiligte elementar“, betont der Ratsvorsitzende. „Ich plädiere für eine Fortführung des sehr erfolgreichen ESF Bundesprogramms für Geduldete und Bleibeberechtigte, die durch rechtliche Beratung und individuelle Angebote vielen Personen den tatsächlichen Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet haben.“ Diese sollen aber – trotz der exzellenten Bewertung, die sie unlängst in einer Evaluation

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.
Interkultureller Rat in Deutschland
DGB

erhalten haben – wegen Kürzungen aus Brüssel eingestellt werden. Hiergegen hatte sich auch die Integrationsministerkonferenz auf ihrem letzten Treffen Ende März gewandt und sich für eine Fortsetzung des Programms ausgesprochen.

Für viele Bleibeberechtigte hängt von der Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, auch ihre Aufenthaltssicherheit ab. Nur wenn sie weiterhin genug Einkommen nachweisen können, bleibt ihnen und ihren Familien der sichere Aufenthaltstitel erhalten.

„Gerade durch die Beratungen im Rahmen des ESF Programms konnten Diakonie und andere Wohlfahrtsverbände Bleibeberechtigte unterstützen und ihnen durch die Vermittlung in Arbeit genau diesen Nachweis ermöglichen. Das darf nicht gefährdet werden", so Schneider.

Die EKD nimmt den Integrationsgipfel zum Anlass, ihre Forderung nach der Einführung einer gesetzlichen stichtagsungebundenen Bleiberechtsregelung zu erneuern. Trotz der unterschiedlichen Altfall- und Bleiberechtsregelungen leben noch immer über 85 000 Geduldete in Deutschland – davon rund 36 000 seit über sechs Jahren. Sie konnten von den bisherigen Regelungen nicht profitieren, weil sie die Voraussetzungen des Stichtages oder die hohen Anforderungen nicht erfüllten oder aber unter die restriktiven Ausschlussgründe fielen. „Wir erhoffen uns, dass die guten Vorschläge zur Einführung einer umfassenden Bleiberechtsregelung aus den Ländern im Bund aufgegriffen werden", betonte Schneider, „Kettenduldungen sollen endlich der Vergangenheit angehören".

Quelle: Pressestelle Evangelische Kirche in Deutschland (Hannover) 28.05.2013 ■

Niedersachsen: Innenminister besucht Flüchtlingsrat

Boris Pistorius hat als erster niedersächsischer Innenminister den niedersächsischen Flüchtlingsrat besucht. Auf der Jahresversammlung des Flüchtlingsrates in Hannover-Linden stellte er den von der rot-grünen Landesregierung angestrebten „Paradigmenwechsel" in der Flüchtlingspolitik vor.

Pistorius warb vor einem vollbesetzten Saal für eine echte „Willkommenskultur". „Wenn man liest, dass Zuwanderer oft besser qualifiziert sind, wird man doch hellhörig", so der Politiker. Angesichts der Tatsache, dass vor allem in Südeuropa viele Jugendliche ohne Perspektive dastünden, könne er sich vorstellen, dass es „eine Wiederholung der Zuwanderung geben wird, wie wir sie in den 1960er Jahren hatten".

Pistorius sprach sich unter anderem erneut für die Aufnahme von 5000 syrischen Flüchtlingen aus. Möglicherweise müsse die Zahl sogar noch nach oben korrigiert werden. Allerdings seien bezüglich der aktuellen Flüchtlingsproblematik in Syrien auch andere europäische Länder in dieser Frage gefordert. In Deutschland lebende Angehörige sollten ihre Verwandten holen dürfen, das sei naheliegend und notwendig. Beim IMK-Kamingespräch in der vergangenen Woche habe man aber noch keine befriedigende Lösung dafür gefunden, das Bundesinnenministerium habe diesbezüglich eigene Vorstellungen. Er erwarte eine Lösung der strittigen Fragen innerhalb der kommenden 4-8 Wochen. Die Innenministerkonferenz (IMK) habe die Integrationsminister darüber hinaus gebeten, ein schlüssiges Integrationskonzept für diese Flüchtlinge zu entwickeln.

Streichen solle man in der Diskussion um Zuwanderung den abwertenden Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings", sagte der SPD-Politiker. Schließlich führe oft die nackte Existenzangst dazu, dass Menschen ihre Heimat verließen. Für diejenigen, die schon lange in Deutschland lebten, aber nur eine Duldung hätten, müsse es vernünftige Bleiberechtsregelungen ohne Stichtag geben, sagte der Minister: „Das ist ein Gebot der Menschlichkeit, aber auch volkswirtschaftlicher Vernunft." Nicht ein Einreisedatum könne entscheidend sein, das sei unfair. Es müsse um eine Anzahl von Jahren gehen „nehmen wir mal an, 3 bis 4 Jahre, oder auch 5". Gute Schulleistungen könnten nicht vorausgesetzt werden, es könne nur um regelmäßigen Schulbesuch gehen.

Die Zeit der Kettenduldungen müsse enden, es müsse ein Umdenken geschehen. „Das meiste von dem, was wir heute an Flüchtlings- und Ausreiseproblemen haben, ist Ergebnis der Politik der frühen 1990er Jahre", sagte Pistorius, der am liebsten auch das vom Bundesverfassungsgericht bereits kritisierte Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen möchte – „aber dafür brauchen Sie einen Regierungswechsel in Berlin", so der Innenminister.

In Niedersachsen habe man jedenfalls eine ganze Reihe von Forderungen der Flüchtlingsverbände aufgegriffen. So können jetzt die Kommunen selbst entscheiden, ob Asylsuchende Geld- oder Sachleistungen bekommen. Auch sei die Residenzpflicht für diese Menschen aufgehoben worden. Zudem werde der Härtefallkommission wesentlich mehr Entscheidungsspielraum eingeräumt. „Abschiebungshaft solle wann immer möglich vermieden werden", so Pistorius. Ausschlusskriterien und andere Schranken für die Härtefallkommission würden gelockert werden. Ein Abschiebungshaftverlass solle die Inhaftierung von Frauen und Kindern ausschließen, Abschiebungen würden beim ersten Versuch im Regelfall schriftlich angekündigt, Nachtabschiebungen sollten vermieden werden. „Wir wollen auch Familien nicht mehr auseinander reißen und Abschiebungen möglichst ganz vermeiden – aber dennoch wird es auch Fälle geben, in denen das Recht durchgesetzt werden muss", sagte Pistorius.

Dieser Paradigmenwechsel der neuen Landesregierung müsse aber auch gegenüber den Ausländerbehörden in den Kommunen vermittelt werden. Die neue Landesregierung will die Menschen dabei mitnehmen. Integration solle gefördert werden, „indem man von vornherein eine Perspektive eröffnet".

Allerdings sei die neue „Willkommenskultur" kein Blankoscheck. „Jeder, der kommt, soll auch etwas einbringen." Leider gebe es aber auch Menschen „im Promillebereich", die damit Probleme haben und etwa ihre Kinder nicht zur Schule schickten und sich auch sonst total verweigerten und auch Arbeitsmöglichkeiten ausschlagen. Sie brächten mit ihrem Verhalten die Akzeptanz für alle anderen Zuwanderer in Gefahr.

In dem mit knapp 100 Personen vollbesetzten Versammlungsraum stieß die Rede des Innenministers auf viel Zustimmung, teilweise auf Begeisterung. Aus dem Auditorium wurde aber auch darauf verwiesen, dass die Politik der 90er Jahre mit Arbeits- und Ausbildungsverboten und anderen Maßnahmen Ursache vieler Probleme sei. Der Innenminister stimmte dem zu. Eine Partizipations- und Teilhabeperspektive sei Voraussetzung für einen gelingenden Integrationsprozess.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen : 27.05.2013 ■

Kriegsflüchtlinge werden ein zweites Mal Opfer der EU-Abschottungspolitik

„Die Kriegsflüchtlinge aus Libyen, die sich nun in Hamburg und anderen deutschen Städten befinden, brauchen dringend Unterstützung und eine Bleiberechtsperspektive" so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Jelpke weiter:

„In den letzten Tagen mehren sich die Presseberichte über Kriegsflüchtlinge aus Libyen, die nach zwei Jahren in Italien nun unter anderem nach Deutschland weiterwandern. Sie sind 2011 vor der Gewalt der Milizen und den Bomben der NATO nach Italien geflohen. Die Erlebnisse in Libyen und auf der Flucht haben viele dieser Menschen traumatisiert. In Italien wurden sie in überfüllte Aufnahmelager gesperrt, hatten keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, keine angemessene medizinische und psychologische Versorgung. Doch nicht nur Italien, die gesamte EU hat bei der menschenwürdigen Aufnahme dieser Menschen versagt. Durch das Dublin-System, in dem immer der Ersteinreisestaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, konnten sie Italien nicht verlassen, um in einem ande-

ren EU-Land Schutz zu suchen. Auch aus Deutschland wurden reihenweise Asylsuchende wieder nach Italien zurückgeschoben, weil es formal für ihr Asylgesuchen zuständig war.

Diese Menschen werden nun ein weiteres Mal Opfer der europäischen Politik der Verantwortungslosigkeit gegenüber Flüchtlingen. Italien hat sie mit Papieren ausgestattet und die Aufnahmelager geschlossen – ohne den Flüchtlingen eine Alternative zu bieten. Deshalb kommen sie unter anderem nach Deutschland. Die deutschen Behörden erklären sich wieder für nicht zuständig und verweigern den Flüchtlingen soziale Leistungen und medizinische Versorgung. Sie wollen sie abschieben. Mit tödlichen Konsequenzen: Am Dienstag hat sich ein Mann aus Tschad einen Tag vor seiner drohenden Abschiebung nach Italien erhängt.

Diese Politik der Verantwortungslosigkeit im Dublin-System muss beendet werden. Statt Schutzsuchende hin- und herzuschieben, sollten die EU-Staaten andere Wege zu einer solidarischen Verteilung der Lasten aus der Aufnahme von Schutzsuchenden finden. Abschiebungen in das marode Aufnahmesystem Italiens müssen sofort gestoppt werden."

30. Mai 2013, Ulla Jelpke ■

Niedersachsen: 43 von 48 Landkreisen zahlen jetzt Bargeld an Flüchtlinge

Der Landkreis Celle gehört (neben LK Harburg und LK Vechta) zu den drei letzten Landkreisen in Niedersachsen, die noch Gutscheine an Flüchtlinge ausgeben. Daher hat die Umtauschinitiative in Celle aus Protest dagegen, dass der Landkreis weiter an dieser diskriminierenden Praxis festhält, einen öffentlichen Umtausch organisiert. Der Landrat schiebt eine zweifelhafte Rechtsauffassung vor, mit der er die weitere Ausgabe von Wertgutscheinen rechtfertigt. Aber offensichtlich ist er selber nicht mehr so überzeugt, dass man das Asylbewerberleistungsgesetz nicht auch so auslegen darf, wie es mittlerweile nahezu alle anderen Kommunen in Niedersachsen tun. Ein Sprecher der Initiative erklärte gegenüber der Celleschen Zeitung zur Umtauschaktion: „Wir sind eine Initiative, die gegen die diskriminierende Praxis der Gutscheinausgabe an Flüchtlinge protestiert und den Landkreis dazu auffordert, von dieser Praxis abzuweichen, weil es mit der Menschenwürde nicht vereinbar ist."

Und äußerten sich weiterhin gegenüber der Zeitung: „Die Kritik richtet sich dagegen, dass es mit den Wertgutscheinen nicht möglich sei, z.B. Medikamente in Apotheken, Busfahrscheine in Bussen, Briefmarken oder ein Eis in der Eisdiele zu kaufen. Auch sei es nicht möglich, in „normalen" Einzelhandelsgeschäften einzukaufen – in der Regel nehmen nur die großen Discounter Gutscheine entgegen. Mit der Tauschaktion kommen nun die Asylsuchenden in den Besitz des Bargeldes und die Förderer der Aktion in den Besitz der Gutscheine, mit denen sie dann selbst einkaufen gehen, um das System in der Praxis testen zu können. Von der Gutschein-Tauschinitiative wird bedauert, dass für die Aktion nicht alle Betroffenen erreicht werden konnte, da ihnen der Zugang zu den Medien in vielen Fällen nicht möglich sei."

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen

Joachim Herrmann Abschiebeminister 2013

Preisübergabe am Freitag bei der Innenministerkonferenz

Am 23.05.2013 kürten jugendliche Flüchtlinge im Rahmen eines Gala-Abends der Jugendlichen Ohne Grenzen (JoG) in Hannover Joachim Herrmann (CSU) zum inhumansten Innenminister des Jahres. Den Negativpreis „Abschiebeminister 2013" erhält der bayerische Innenminister für seine Politik der Abschiebungen nach Afghanistan und des Lagerzwangs für Flüchtlinge. Mit 38,0 Prozent der Stimmen setzte sich Herrmann deutlich gegen Innensenator Frank Henkel (CDU) aus Berlin (24,1%) und die Innenminister Markus Ulbig (CDU) aus Sachsen (19,4%) und Ralf Jäger (SPD) aus NRW (18,5%) durch. Der Preis wurde im Rahmen eines Termins von JoG bei der Innenministerkonferenz übergeben.

Nachfolgend ein Auszug aus der Laudatio der JoG-Gruppe Bayern:

Bayerns Innenminister, der bereits Abschiebeminister 2011 wurde, forciert weiterhin Abschiebungen nach Afghanistan. Nachdem 2013 mindestens zwei Flüchtlinge nach Kabul abgeschoben wurden, droht nun Salem Begzad (21) aus Neuburg an der Donau die Abschiebung. Obwohl die Lage in Afghanistan immer schlimmer wird und immer mehr Zivilisten sterben, findet Herrmann, dass abgelehnte männliche Flüchtlinge zurückkehren sollten. Wer nicht freiwillig geht, dem wird verboten zu arbeiten oder eine Ausbildung zu beginnen. Für zweitausend Afghanen in Bayern bedeutet dies ein Leben in Angst und ohne Perspektive. Darüber hinaus werden Flüchtlinge in Bayern durch Isolation in Flüchtlingslagern und Mangelversorgung mit Essenspaketen zur „freiwilligen" Ausreise genötigt. In anderen Bundesländern erhalten Flüchtlinge Bargeld und dürfen leichter in Wohnungen ziehen.

Neben der Vergabe des Negativpreises wurden vorbildliche Initiativen gegen Abschiebungen ausgezeichnet:

12. Klasse der Max-Brauer-Schule (Hamburg)

Die Schulklasse kämpfte gegen die Abschiebung ihrer Mitschülerin. Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit führten dazu, dass die Härtefallkommission in Hamburg sich mittlerweile für ein Bleiberecht für die Familie entschieden hat.

Initiative für die Rückkehr von Anuar Naso und seinem Vater (Hildesheim)

Der 15-jährige Anuar Naso wurde zusammen mit seinem Vater von der restlichen Familie getrennt und nach Syrien abgeschoben. Dort wurden beide inhaftiert und misshandelt. Seitdem kämpfen seine Schwester Shahnas Naso und UnterstützerInnen für die Rückkehr und sammelten 18000 Unterschriften. Der Protest hat sich gelohnt: Die Rückkehr von Anuar und seinem Vater wurde kürzlich zugesagt.

11. Klasse der Nelson-Mandela-Gesamtschule (Hamburg)

Die Klasse wehrte sich erfolgreich gegen die Abschiebung eines Mitschülers. Gemeinsam machten sie den Fall öffentlich, was letztlich dazu führte, dass ihr Mitschüler nicht abgeschoben wurde.

Interviews mit jungen Flüchtlingen sowie den Initiativen vermitteln wir gerne.
E-Mail: presse@jogspace.net

JOG – Jugendliche Ohne Grenzen, PM vom 23.05.2013, gekürzt (Red. Lokalberichte Hamburg)

Friedrich schürt Vorurteile

„Friedrich macht wider besseres Wissen Stimmung gegen sogenannte Armutsmigranten" wirft die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, dem Bundesinnenminister vor. Dieser sprach heute am Rande der EU-Innenministerkonferenz davon, hilfesuchende EU-Ausländer „ohne großen Federlesens" abzuschieben. Jelpke weiter:

„Friedrich ventiliert heiße Luft und schürt damit Vorurteile gegen sogenannte Armutsmigranten. Seit Wochen behauptet er, immer mehr Zuwanderer kämen insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, um deutsche Sozialhilfe zu kassieren. Aber seit Wochen bleibt er jeden Beleg dafür schuldig, dass es tatsächlich eine signifikante Zunahme gibt. Im Gegenteil: Auf eine Kleine Anfrage der LINKEN musste er zugeben, dass er über keinerlei Zahlen verfügt, die seine Behauptungen stützen. Das hat ihm auch die EU-Kommission unter die Nase gerieben.

Aber Friedrich spielt unverdrossen ewig die gleiche Schallplatte, weil es ihm nur auf eines ankommt: In populistischer Manier Punkte an den Stammtischen zu sammeln. Er will offenbar am rechten Rand Stimmen fischen. Dafür schürt er dabei fremdenfeindliche Ressentiments. Das macht die Politik des Ministers nicht nur EU-feindlich, sondern gefährlich und verantwortungslos. Wenn das der Unions-Wahlkampf werden soll, dann werden wir eine Zunahme rassistischer Straftaten erleben."

Ulla Jelpke, 01.06.2013 ■

Für Widerstand und Freiheit

Bejarano & Microphone Mafia mit neuem Album: „la vita continua“

Es begann alles mit frohen Neujahrswünschen für 2008. In dem liebevoll gestalteten Booklet des neuen Albums „la vita continua“ ist der erste Brief von Kutlu Yurtseven und Rossi Pennino an Esther Bejarano und ihre Kinder Edna und Joram abgedruckt. Er zeigt, wie einfach es sein kann, kultur-, generationen- und genreübergreifend zusammenzufinden, um ebenso gute wie wichtige Musik zu machen.

Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, wurde als Jüdin 1943 von den Nazis nach Auschwitz deportiert. Dort musste sie im „Mädchenorchester“ Akkordeon spielen – was ihr das Leben rettete. Sie wurde in das KZ Ravensbrück verlegt, doch gelang ihr 1945 auf einem Todesmarsch die Flucht. „Es steht mir zu, zu leben“ kommentierte Esther 1993 in einem gleichnamigen Videoportrait ihr Überleben. Bis heute kämpft sie gegen Neonazismus und Ausgrenzung und spricht mit Jugendlichen über ihre Geschichte. Anfang der 1980er gründeten Edna, Joram und Esther die Gruppe Coincidence, die bei ihren Auftritten vor allem jüdische und antifaschistische Lieder spielt.

Die Rap-Band Microphone Mafia wurde 1989 in Flittart, einem Kölner Arbeiterviertel, unter anderem von Rossi und Kutlu gegründet. Als Kinder sogenannter Gastarbeiter reflektieren sie in ihrer Musik immer wieder mit viel Menschlichkeit ihre eigenen gesellschaftlichen Positionen und setzen sich gegen Rassismus ein. Auf persönliche Art und Weise geben sie vielen, die in ähnlichen Verhältnissen aufgewachsen sind, Kraft und bringen jenen, die aus privilegierteren Verhältnissen kommen, ihre Realität nahe.

Auf den ersten Blick scheinen Coincidence und Microphone Mafia sehr verschieden, aber genau diese Vielfältigkeit ist die Stärke des gemeinsamen Projekts. „La vita continua“ ist inhaltlich und stilistisch eine Fortführung des 2009 veröffentlichten Albums „per la vita“. Musikalisch stellt es eine Synthese von ruhigen Rap-Instrumentalen und Akustikinstrumenten dar, von ausdrucksstarkem Gesang und eindringlichen Raps auf türkisch, deutsch, kölsch, italienisch und jiddisch. Textlich lassen sich Bezüge zu Bertolt Brecht genauso finden wie zu traditionellen jiddischen Liedern.

„In Flittard“, so die Microphone Mafia auf ihrer Homepage, „spricht man deutsch, türkisch, italienisch, jede Menge andere Sprachen – und natürlich Kölsch.“ Dass sie kölsche Jungs sind, stellen sie in „Wann jeiht d’r Himmel widder op“ eindrucksvoll unter Beweis. Das Lied basiert auf einem Song der Band „Die Höhner“, die vor allem durch Karnevalsschlager bekannt wurde. Die Interpretation von Bejarano & Microphone Mafia ist allerdings alles andere als ein Karnevalsschlager. Das Lied zeigt mit dem Leben von „Gastarbeiterkindern“ eine weitere Kölsche Realität: „Zwei Fragen mich stets prägten: seit wann ich hier lebe – Was dann folgte war sofort: wann ich denn wieder gehe“ sind Fragen, die nicht nur Kutlu und Rossi, sondern ganze Generationen bis heute prägen.

Das Lied „Yorgun“ (Müde) stammt eigentlich vom Rockmusiker Cem Karaca, der als Dissident in der Türkei verfolgt wurde und 1979 ins Exil in die BRD ging. Den Text hatte Karaca von dem kommunistischen Dichter Nazım Hikmet übernommen, der ebenfalls in der Türkei verfolgt wurde und in den 1920ern in die Sowjetunion floh. „Mein Leben ein Leben voller Revolutionen“ rappt die Microphone Mafia, während Coincidence im Refrain „Çok Yorgunum“ (Ich bin zu erschöpft) singen. Das Lied lebt von den verschiedenen Biografien und ist ein bewegendes Plädoyer für das Bewahren linker Geschichte – oder besser gesagt: vieler linken Geschichten.

Ob in „Tränen rot wie Blut“ der Résistance gedacht wird oder in „Margaritkele“ Liebe und Zuneigung zur Sprache kommen: durch eine persönliche und ehrliche Herangehensweise erklärt sich der Zugang von Bejarano & Microphone Mafia zur Thematik stets von selbst. Dass es manchmal musikalisch etwas knirscht, wenn solch unterschiedliche künstlerische Einflüsse zusammenkommen, erscheint nicht nur nebensächlich, sondern sogar willkommen. Denn die (vermeintlichen) Widersprüche sind es, die das Album so spannend machen.

„La vita continua“ schafft, was einer linken Bewegung bisher noch zu selten gelingt: aus der Perspektive der Betroffenen die Geschichte faschistischer Verfolgung zu verbinden mit einem Blick auf Unterdrückung und Ausgrenzung nach 1945. Wenn sich auf dem Album Bertolt Brecht und Cem Karaca im Exil treffen, dann werden, ohne jegliche Gleichsetzung, letztendlich Kontinuitäten von Unterdrückung und Ausgrenzung deutlich. Doch nicht nur das: „la vita continua“ heißt auch, dass der Widerstand fortbesteht und die Idee einer besseren Welt lebendig bleibt. Bejarano & Microphone Mafia machen Musik, die inspiriert und Mut gibt. Musik, die uns wissen lässt: „Wir sind die, die Geschichte neu schreiben (...) man wollte uns vernichten, wir waren verloren / sind für Widerstand und Freiheit neu geboren“ (Wir leben trotzdem).

Sabina Bilalovic und Malte Gossmann

Bejarano & Microphone Mafia
„la vita continua“ Label: AlDente, März 2013, 14,99 €

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Schauprozess?

Junge Freiheit Nr. 22/13 vom 24. Mai 2013

Das Blatt behält im Fall des NSU-Prozesses seine Linie bei – es zweifelt an der Existenz des NSU und bezeichnet die Opfer als „mutmaßliche Opfer“. Zweck des Prozesses sei nicht, über die Täter und ihre Helfershelfer zu richten: „In Nürnberg zielten die Ankläger erklärtermaßen darauf ab, am Beispiel der Angeklagten mit dem NS-System abzurechnen, es zu ächten und einen politischen, moralischen und geistig-kulturellen Paradigmenwechsel in Deutschland zu erzwingen. Der soll, so das implizite Vorhaben heute, mit dem NSU-Prozess in eine neue Phase treten und zu einer offiziell ‚bunten Republik‘ führen. Aus dieser Perspektive ist der Begriff ‚Schauprozess‘ eine polemische Überspitzung, doch als solche nicht gänzlich abwegig.“ Zweck des Verfahrens ist also nicht die Verurteilung oder der Freispruch mutmaßlicher Unterstützer, sondern der Prozess wurde von der Justiz aus ganz anderen Gründen angestrebt. Warum Gerichte so handeln sollten, verschweigt das Blatt.

Zweierlei Maß

Junge Freiheit Nr. 23/13 vom 31. Mai 2013

Das Blatt feiert die Demonstrationen in Frankreich als „Pariser Frühling“ und verurteilt die Demonstrationen und Auseinandersetzungen in Stockholm und anderen schwedischen Städten als „Einwanderergewalt“. Anlass für die Auseinandersetzungen in Schweden war der von der schwedischen Polizei verursachte Tod eines Einwanderers. Die „falsche Toleranz, die nur in eine Richtung gilt, nämlich zu Lasten der autochthonen Bevölkerung, provoziert nicht nur Bürgerkriegsszenarien, sondern gebiert auch Mörder und Terroristen. Die nigerianischen Moslems, die in London für die Niedermetzelung eines britischen Soldaten auf offener Straße verhaftet wurden, gehören nicht zum Vorstadt-Prekariat, sondern zur Mittelschicht. Sie sind … wie all die in Europa aufgewachsenen islamistischen Bombenleger das Produkt einer zynischen Politik, die sich von der Förderung massenhafter Einwanderung aus außereuropäischen Kulturräumen kurzfristige Vorteile verspricht. Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, der Rechtswähler in seinem Land mit forcierter Masseneinwanderung bestrafen wollte, die britischen Sozialisten, die durch Öffnung der Einwanderungsschleusen die Konservativen auf Dauer von der Macht fernhalten wollten – auch sie tragen Verantwortung für die Krawalle von Stockholm und den islamistischen Soldatenmord in London.“ Wer Toleranz gegenüber Menschen anderer Religion oder aus anderen Kulturkreisen verlangt, ist also verantwortlich für die Aufstände? Das ist die Methode „Haltet den Dieb“. Die wendet das Blatt natürlich nicht an, wenn es um die Demonstrationen gegen die Homo-Ehe, gegen den Feminismus und regionale Autonomie in Frankreich geht. Da hofft es auf einen rechtsgerichteten neuen „Mai 1968“ und die gewalttätigen Auseinandersetzungen bei den letzten Demonstrationen sind das Werk von „radikalen Randgruppen“.

Ohne Militär keine echten Kerls?

Junge Freiheit Nr. 24/13 vom 7. Juni 2013

Das Blatt sorgt sich um die Männer. „Seit etwa einem Jahrzehnt wird thematisiert, dass Jungen in allen Leistungsindikatoren abfallen – absolut, in Relation zu Mädchen sowieso … War früher die Mehrheit der Abiturienten männlich, so ist sie längst weiblich … zwei Drittel der Sonderschüler und Schulabbrecher sind männlich.“ Das liege daran, dass auch die Jungen zu Hause, im Kindergarten und in der Schule vorwiegend von Frauen erzogen würden. Heute fehle der Kampfgeist: „Immerhin hat der Bolzplatz ganze Generationen verlässlich erzogen … Jungen suchen Erlebnis und Bewährung. Die Abschaffung der Wehrpflicht beendet auch eine traditionelle Form männlicher Erziehung.“ Die ja doch im Schnitt immer nach der Schullaufbahn begann und gegen die sich viele junge Männer durch die Kriegsdienstverweigerung wandten, weil sie wussten, dass diese „männliche Erziehung“ auch dazu führen kann, Verbrechen ungeahnten Ausmaßes zu begehen.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507